Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1922

67 (20.3.1922)

Visual Library

No. 67 Karlsruhe, Montag den 20 März 1922 42. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 14 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 14 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 12.50 M monatlich. — Einzelexemplare 60 ₰

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile 2.20 M. Die Reklamezeile 6.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Protestkundgebung der Arbeiter gegen die Aussaugung Deutschlands

Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Protestkundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgem. freien Angestelltenbundes gegen die Aussaugung Deutschlands. Die Kundgebung nimmt Bezug auf eine kürzlich vom Pariser „Temps" gebrachte Aufteilung, wonach von den 11,4 Milliarden Goldmark, die Deutschland bis zum 31. Dezember 1921 an Reparationszahlungen geleistet hat, nur 2,8 Milliarden dem eigentlichen Wiederaufbau in Frankreich zugutegekommen sind, während der Rest für andere Zwecke, darunter über 4,3 Milliarden Mark für die Besatzung und die interalliierten Kommissionen in Deutschland gebraucht worden sind. Die Kundgebung verweist auf die übermäßig hohen Bezüge der Mitglieder der zahlreichen interalliierten Kommissionen, die kürzlich nochmals um eine Teuerungszulage von 38 Prozent erhöht worden sind. Nach dieser Erhöhung bezieht ein französischer General jetzt in Deutschland 1 337 200 M, ein englischer General sogar 3 619 500 M und selbst ein einfacher Soldat 362 620 M, also weit mehr als die höchsten Beamten der deutschen Republik. Die Riesenbeträge müssen, wie es weiter in der Kundgebung heißt, aus der deutschen Arbeit aufgebracht werden. Die deutschen Gewerkschaften, die stets für Wiedergutmachung und Erfüllung eingetreten sind, erheben hiermit öffentlich Klage über diese Vergeudung des Ertrages deutscher Arbeitskraft und deutschen Arbeitsfleißes. Angesichts der Not, die in den Familien der Arbeiter und Angestellten in Deutschland herrscht, erheben sie Protest gegen diese sinnlose Aussaugung Deutschlands.

Die Entscheidung über die Stundungsfrage

Paris, 18. März. Wie bereits gemeldet, ist die Entscheidung der Reparationskommission über die Stundungsfrage auf nächsten Montag verschoben worden, evtl. scheint aber die Entscheidung schon gefallen zu sein. Die Hauptaufgabe der Reparationskommission und der Hauptbestandteil der Entscheidung wird in der Fortsetzung der Finanzreform und der Budgetgarantien bestehen, die man der Reichsregierung als Bedingungen für die Gewährung der Stundung auferlegen will. Wenn diese Bedingungen nicht eingehalten werden, sollte nach dem Willen der Reparationskommission der Londoner Zahlungsplan wieder in Kraft treten.

Das Kablogramm gibt Einzelheiten über die Verhandlungen der Wiedergutmachungskommission bekannt und schreibt dann: Die Mehrheit der Kommissionen hat sich auf den Grundsatz eines Moratoriums für Deutschland geeinigt. Aber über die Grundlage derselben sei man nicht zu einer Einigung gelangt. Die Engländer und Italiener wollten die deutschen Zahlungen auf 500 Millionen Goldmark festsetzen, die Franzosen und Belgier dagegen auf 750 Millionen Goldmark. Das Blatt meint, es sei sehr wahrscheinlich, daß man sich auf eine mittlere Linie, etwa 600 Millionen Goldmark, einigen werde.

Eine französische Delegation des Bauarbeiterverbandes nach Deutschland

Paris, 18. März. Gestern hat eine Delegation des französischen Bauarbeiterverbandes Paris verlassen, um in Deutschland das Werk der Sozialbaubetriebe näher kennen zu lernen. Dieser Delegation hat sich der Gemeindesekretär des Allg. französischen Gewerkschaftsbundes Jouhaux angeschlossen. Es soll ferner das mit den deutschen Gewerkschaften in Frankfurt a. M. abgeschlossene Abkommen für die Wiederherstellungsarbeiten in Nordfrankreich ausgebaut werden. Die Delegation begibt sich zunächst nach Köln, um von dort nach Essen, Dortmund, Magdeburg und Berlin weiterzureisen.

Ein Franzose über Deutschlands Verelendung

Paris, 18. März. Der französische Abgeordnete Renaud berichtet im „Petit Bleu" über seine Reisen in Deutschland u. a. folgendes: Ich habe im Verlauf meiner Reisen in Deutschland nicht den Eindruck gewonnen, daß überall Reichtum herrscht mit Ausnahme einer dünnen Schicht von Kriegsgewinnlern. Der Mittelstand ist vollständig verschwunden. An den Universitäten nimmt die Zahl der Studenten ab. Die deutsche Kultur ist schwer getroffen worden.

Die englische Abrüstung

London, 18. März. Im Unterhause legte der Staatssekretär für Krieg die Herabsetzung der Zahl der Heeresangehörigen dar, die vom 1. April ab durchgeführt werden soll. Man will die jetzige Reserve von 65 000 Mann verstärken und die Miliz von vor dem Kriege wieder herstellen. Eine vollständige Infanterie- und Kavalleriedivision könnte in 15 Tagen mobilisiert werden und zur Abfahrt bereitstehen. Alle 14 Territorialdivisionen sollen beibehalten werden und einen Anteil an der Luftverteidigung erhalten.

Die Anschlußfrage Hohenzollerns

Wie das „Berliner Tagblatt" aus Frankfurt a. M. meldet, hat die Zentralstelle für die Gliederung des deutschen Reiches jetzt die Verhandlungen über die künftige Stellung Hohenzollerns im Reiche abgeschlossen. Der um ein Gutachten ersuchte Regierungspräsident in den hohenzollernschen Landen Dr. Beyer kommt zu dem Beschluß, daß vom Standpunkte der Wirtschaftlichkeit eine Angliederung Hohenzollerns an angrenzendes oder umschließendes Staatsgebilde zu wünschen wäre. Von einer Autonomie des Landes könne schon aus wirtschaftlichen Gründen keine Rede sein. Zu diesem Gutachten hat die preußische Regierung die Erklärung abgegeben, daß im Falle der Gründung eines Landes Großschwaben keine Bedenken gegen die Angliederung der hohenzollernschen Lande geltend gemacht würden. Einer Aufteilung des Landes an Württemberg und Baden dagegen müsse mit Rücksicht auf die Volksstimmung grundsätzlich widersprochen werden.

Die preußische Regierung gegen das Streikrecht der Beamten

Ein Erlaß des Ministers Severing an die Verbände der Polizeibeamten

Der preußische Minister des Innern Severing hat an die Polizeibeamtenverbände Preußens eine Verfügung gerichtet, in der folgendes ausgeführt wird:

„Während des Streiks habe ich absichtlich vermieden, die grundsätzliche Frage der Beamtenpflichten zu einem Streik zu erwähnen, da ich selbst, wie auch mein ganzes Ministerium, **seit jeher ein und denselben klaren Standpunkt vertreten habe, daß grundsätzlich der Beamtenschaft ein Streikrecht nicht zuzubilligen** ist, daß aber auch darüber hinaus eine „Neutralität" oder gar eine „Sympathiebekundung" zugunsten einer der streikenden Parteien in wirtschaftlichen Kämpfen eine Verletzung der Beamtenpflichten darstellt. Diese Pflichten bedingen unter allen Umständen restlose Erfüllung der aus den Gesetzen und sonstigen allgemeinen Bestimmungen, wie aus den jeweiligen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung sich ergebenden Aufgaben der Polizei. Jetzt erscheint mir die nochmalige und endgültige Hervorhebung dieses von der Staats- und Reichsregierung gleichmäßig vertretenen Standpunktes notwendig zu sein mit dem Hinzufügen, daß ein Aufgeben dieser Grundlage das Ende des Berufsbeamtentums bedeuten würde. Ich bin immer bestrebt gewesen, die gesamte Polizeibeamtenschaft in ihren Rechten und ihrer wirtschaftlichen Lage nicht nur zu sichern, sondern unablässig zu fördern, kann jedoch nur dann auf weiteren Erfolg rechnen, wenn auch für alle Zukunft die Gewähr gegeben ist, daß in der Polizei, die aus dem Beamtenverhältnis sich ergebenden Pflichten ohne jede Einschränkung anerkannt und unter allen Umständen befolgt werden. Hierzu bedarf es einer zweifelsfreien Festlegung dieses Grundsatzes in den Satzungen aller Verbände, denen Polizeibeamte angehören. Wenn dies bei einer Organisation nicht der Fall ist oder im Gegenteil sogar Grundsätze vertreten werden, die im Widerspruch zu den Pflichten der Polizeibeamten stehen, wird bei aller Anerkennung des Vereinigungsrechtes der Polizeibeamten doch zu prüfen sein, ob ein derartiger Verband als verhandlungsfähig anerkannt werden darf. Ich halte mich verpflichtet, unzweideutig hervorzuheben, daß auch die Beamtenverbände nicht als völlig freie Organisationen wirken, sondern die durch die Sonderpflichten ihrer Mitglieder und das Treuverhältnis zum Staate gegebenen Grenzen unbedingt einhalten.

Demgemäß ersuche ich um eine bestimmte und unzweideutige Aeußerung binnen Monatsfrist darüber:

a) ob Sie meinen Ausführungen über die Pflichten der Polizeibeamten beitreten,

b) ob sich eine entsprechende Bestimmung in Ihren Satzungen befindet,

c) ob Sie im Falle der Verneinung der Frage zu b) zur Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in Ihre Satzungen bereit sind.

Hinsichtlich des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands, zu dem ich ressortmäßig keine unmittelbare Beziehung habe, dessen Satzungen jedoch meines Wissens für die ihm angeschlossenen preußischen Verbände maßgebend sind, bemerke ich, zur grundsätzlichen Klarstellung, daß die von ihm während des Streiks herausgegebene „Weisung" den von mir vertretenen Grundsätzen nicht gerecht wird. Dies ergibt sich sowohl aus dem verschiedener Auslegung zugänglichen Wortlaut, wie auch aus den eigenen „Mitteilungen", denen zufolge die erwähnte „Weisung" auf den vom Reichsverband für den Fall eines Beamtenstreiks gegebenen „Richtlinien" beruht. Diese erklären nämlich mit Bezug auf einen Beamtenstreik, „daß die Polizei bei allen wirtschaftlichen Kämpfen strengste Neutralität zu wahren hat". Gerade diese Bemerkungen sind durchaus geeignet, die Beamtenschaft zu verwirren und irre zu führen."

Anschlag auf den japanischen Kaiserpalast in Tokio

Tokio, 19. März. Ein anscheinend Verrückter versuchte am Freitag den kaiserlichen Palast mittelst einer Bombe in die Luft zu sprengen. Er hatte die Bombe unter seinen Mantel geschoben und wollte sich an der Schildwache vorbeidrücken. In diesem Augenblick explodierte die Bombe, die den Attentäter zerriß.

WTB. **Paris**, 19. März. Eine Havasmeldung aus Tokio bestätigt die Nachricht eines beabsichtigten Attentates gegen den kaiserlichen Palast. Der Attentäter, der bei dem Versuche, die Schloßtüre zu überschreiten, durch die Explosion der Bombe, die er bei sicht rug, getötet wurde, sei ein Arbeiter namens Fujyta. Er habe eine Bittschrift für den Kaiser bei sich getragen, in der er Klage darüber führt, daß die Regierung das allgemeine Wahlrecht verweigere. Man glaubt, daß der Minister des Innern und der Polizeichef zurücktreten werden.

Hungerstreik in Warschauer Gefängnissen

Warschau, 18. März. Wie der hiesige „Robotnik" berichtet, sind sämtliche politischen Gefangenen in den Warschauer Gefängnissen bereits vor 10 Tagen in den Hungerstreik getreten. Den Grund dazu bildete die schlechte Behandlung vonseiten der Gefängnisverwaltung. Einige Gefangene sind bereits gestorben; auch versuchten einige Selbstmord zu verüben. Unter den Hungerstreikenden befinden sich der polnische kommunistische Sejmabg. Dombal, der kurz nach seiner Verhaftung bereits einmal zwölf Tage gehungert hat.

Ist der Zusammenbruch der deutschen Fleischversorgung noch abwendbar?

Von Dr. Edwin Müller, Vorsitzender der städt. Preisprüfungsstelle Karlsruhe

Wir stimmen dem Genossen Dr. Müller in der Kritik der Zustände hinsichtlich der Fleischversorgung durchaus zu, teilen aber nicht in allen Punkten seine Ansicht über die Maßregeln, um Abhilfe zu schaffen.
(Redaktion des „Volksfreund".)

Am 23. September 1920 — ein Vierteljahr nach der Einführung wilder Willkürwirtschaft in der Fleischversorgung schrieb die städtische Preisprüfungsstelle Karlsruhe: „Teuerung in Sicht!" Heute — nur ein Jahr später — ist die Voraussage Wirklichkeit geworden: Der größte Teil der städtischen Bevölkerung ist gegenwärtig vom Segen der Fleischnahrung so gut wie ausgeschlossen. **Mit unheimlicher Schnelligkeit rast das führerlose Gespann des Wirtschaftswesens, von der Meute der Wucherer und wilden Händler gehetzt, dem Abgrund zu.**

Als vor 2 Jahren das Händlerkapital gegen die volksgemeinsame Fleischversorgung Sturm lief, da johlte der ganze Chorus der in seinem Solde stehenden Zeitungsschreiber, Handelsblätter, Börsenjobber das ohrenbetäubende Lied von der „allheilenden Kraft der freien Wirtschaft" und brüllte: Macht den Handel frei von den Fesseln der Zwangswirtschaft und er bringt euch Waren genug und **billige Preise.**" Und viele schwache Köpfe ließen sich betören, ohne Ahnung, daß das Wucherer- und Händlerkapital ja nur des Augenblickes harrte, wo ihm die Aufhebung der volksgemeinsamen Fleischwirtschaft erlaubte, das „schwarze" Geschäft auf den gesetzlichen Boden der Handels- und Gewerbefreiheit zu stellen. Der „freie Handel" hat uns aber nicht das Paradies gebracht; er hat vielmehr den ganzen Höllensegen über unser armes Deutschland ausgegossen. Die Nahrungsmittel werden zurückgehalten oder ihr Preis in unerschwingliche Höhe getrieben.

„Waren genug wie in Friedenszeiten — freilich teuer", jubelte der Vorsitzende des badischen Metzgerverbandes der Heidelberger Obermeister Koch. Aber unfreiwillig brandmarkte er mit seinen eigenen Worten die **ganze Unvernunft und Gemeingefährlichkeit der zügellosen Willkür.** Was nützt dem deutschen Volk die reiche Auswahl und die Pracht der Fleischereien und Feinkostläden, wenn die Ware so sündhaft teuer ist, daß nur eine Minderheit sie kaufen kann? So fehlerhaft und unzulänglich die Fleisch-Zwangswirtschaft eingerichtet und gehandhabt worden war, sie hat doch jedem Volksgenossen, auch der ärmsten Familie, wöchentlich ein bestimmtes Maß Fleischnahrung gewährleistet. Die jetzige **Zwangswirtschaft** der Viehgroßhändler und Obermeister aber schenkt nur noch den glücklich Besitzenden, den reichgewordenen Schiebern die Freuden leckerer Fleischkost, hingegen die Altersschwachen, die Kriegsinvaliden, die Rentner, die mit Kindersorgen belasteten Hausväter und Hausfrauen, die keine Weltmarktpreise zahlen können, vom „warmen Herz" der Händler und Metzger unbarmherzig auf das lederne Kuhfleisch, auf die Freibanksuppe und die Pferdewurst verweisen werden.

An dem ganzen Elend ist der **wilde Viehhandel** schuld. Was Wunder, daß unter dem Eindruck der ständig aufwärtstreibenden Preise die **städtische Preisprüfungsstelle Karlsruhe** kürzlich allen Ernstes den Gedanken eines **Metzger- und Verbrauchterstreiks** erwog, um den Schlachtviehhandel zur Einstellung der ungeheuerlichen Preistreiberei zu veranlassen. Es ist aber kennzeichnend für die Empfindungsweise der deutschen Metzgerschaft, wenn deren amtliches Organ, die „Berliner Allgemeine Fleischerzeitung", diesen Ausdruck höchster Not und Verzweiflung der Verbraucher mit **Spott und Hohn** übergießt und meint: „Von besonderem Sachverständnis zeugen die in der Sitzung der Preisprüfungsstelle gemachten Ausführungen nicht. . . . **Die Vorwürfe gegen den Viehhandel sind längst einwandsfrei widerlegt.** (!)

Hätte sich das für badische Verhältnisse gewiß sehr „sachverständige" Berliner Blatt über die **Zusammensetzung** des Karlsruher Fleischpreisprüfungs-Ausschusses erkundigt, so würde es erfahren haben, daß derselbe neben den Verbrauchern, Hausfrauen und Gewerkschaften, **zur Hälfte aus lauter Sachkundigen des Viehhandels und Fleischergewerbes** besteht. Wir raten den Berliner Zeitungsschreibern, die kürzlich von den **mittel- und unterbadischen Metzger-Innungen** zur Rechtfertigung der „ohne ihr Verschulden" notwendig gewordenen Fleischpreiserhöhung veranlaßte Veröffentlichung der Karlsruher Presse zu lesen, worin es u. a. heißt:

„Die Aussprache ergab, daß gegen die Verteuerung nur sehr wenig zu machen ist, zumal der ehrliche Viehhandel durch die Bauernhändler und wilden Händler, die die Preise in die Höhe treiben, vielfach vertrieben wird. Es wurde der Satz geprägt: „Wir haben in Baden mehr Händler als Vieh". Die Schlemmerhotels in den großen Städten und in den Kurorten wurden als die größten Konkurrenten in der Fleischversorgung bezeichnet, da sie die verlangten ungeheuren Preise bezahlen können."

Es ist die ständige Klage der Vertreter des Gesetzes in der städtischen Preisprüfungsstelle, daß die anständigen Händler, wenn sie überhaupt noch leben wollen, die **unlauteren Tricks und Machenschaften des Wucher- und Schieberhandels mitmachen müssen. In den Dörfern wimmelt es von Bauernschiebern. Kein Schlachttier, kein Schwein, kein Schaf, darf den Ort verlassen, es habe denn an diese Blutsauger unsres Wirtschaftskörpers den Wucherzoll bezahlt.** Bei der **Unbrauchbarkeit** unsrer **veralteten** Rechtsordnung und Handelszulassungsbestimmungen ist es aber völlig ausgeschlossen, daß der Kaufmannsstand sich von den Auswüchsen des wilden Händlertums je wieder säubern kann.

Wie der „freie Handel" die Waren „verbilligt", mag folgendes Schulbeispiel beleuchten: Ein **badischer Kommunalverband** besaß vor 5 Monaten noch einen **Fleischvorrat von 1300 Kisten** mit über **58 000 Kg. Corned beef; vorzügliche Dauerware,** die trotz aller Bemühungen — man sagt wegen „passiven **Widerstandes**" auch der **Metzger- und Handelsfirmen** schlechterdings

nicht den „verwöhnten" Gaumen des Stadtvolkes zuzuführen war. Da die Stadt auf den Gedanken einer öffentlichen Versteigerung nicht kam, **so verkaufte** sie das Fleisch **durch Vermittlung eines** ortsansässigen **Handelsmannes**, der dafür die Gebühr **von 40 000 ℳ** nahm, an einen Händler in **Barmen** um den Preis **von 850 000 ℳ** zwecks Absatz an die **englischen und amerikanischen Besatzungstruppen**, die bekanntlich weniger verwöhnte Gaumen haben als der deutsche Städter. Doch der Barmener Händler dachte gar nicht daran, die Nahrung an die rheinischen Verbraucher abzusetzen, er ließ sie ruhig im badischen Lagerhaus liegen und schob sie **mit einem Aufschlag von etlichen Hunderttausend Mark** weiter an einen Händler in **Cöln**; dieser schob sie, gleichfalls einen Zoll von **mehreren Hunderttausend Mark daraufschlagend** weiter an einen dritten rheinischen Handelsmann. Und hätte nicht das wachsame Auge der städtischen Preisprüfungsstelle und der Staatsanwaltschaft dieser **niederträchtigen Schieberei** ein Ende gemacht, so hätte wohl der blutsaugende Kettenbandwurm noch weiter im Volkskörper herumgewuchert. **Also hat der „freie Handel" den Preis der Ware, welche die ganze Zeit über unbeweglich im gleichen Lagerhaus ruhte, innerhalb drei Wochen fast auf das Doppelte, von 850 000 ℳ auf nahezu 1½ Millionen Mark hinaufgetrieben.** Oft muß die Fleischware, bis sie vom Erzeuger in die Hände der Verbraucher kommt, 6—8 verschiedene Kettenglieder durchlaufen und bei jedem neuen „Handel„ wird ein „rentables Geschäft" gemacht.

„Durch der Hände lange Kette
Um die Wette springt — die Ware!"

Dem armen Verbraucher aber bleibt der Hunger.

Immer verzweifelter klingt in den städtischen Preisprüfungsstellen die Klage, daß **Händler**, namentlich des **besetzten** Gebietes, dieser furchtbaren offenen Wunde Deutschlands, die **alles Lebensblut, die nötigsten Bedarfs- und Lebensmittel in das Land des Feindbundes fließen läßt, auf den deutschen Märkten wie auf dem flachen Lande alles erreichbare Schlachtvieh zu so sündhaft hohen Preisen aufkaufen**, daß der einheimische Metzger und Kaufmann nicht mitbieten kann. Der zu erwartende Gewinn **reizt die Schleichhändler**, alles erreichbare **Vieh und Fleisch** in das **valutastarke Ausland** zu verkaufen und läßt jede Rücksicht auf die Allgemeinheit in den Hintergrund treten.

Die wilden Händler und Aufkäufer, die kürzlich ein bayrischer Minister den wahren **„Landschaden Deutschlands"** nannte, sind auch die ärgsten Bauernverführer. **Nicht der Bauer ist der eigentliche Bösewicht; mit der Landwirtschaft ließe sich nach unserer Erfahrung sehr wohl eine Verständigung erzielen, wenn die wilden Händler nicht wären, die alle Preisabkommen immer und immer wieder über den Haufen werfen.** Mit dem Feldgeschrei, „**Nur Ware her, der Preis ist einerlei**", jagen und hausieren diese Landschädlinge von Dorf zu Dorf, von Hof zu Hof und bieten dem Bauer **jeden Preis**; und selbstverständlich nimmt derselbe, was ihm der Händler verspricht. Solange die Pest der wilden Händler die Preisbildung in ihrer Macht hat, ist für das Vaterland kein Heil.

Man hat nach Aufhebung der Zwangswirtschaft die **Metzger-Innungen** aufgefordert sich zu **Vieheinkaufsgenossenschaften** zusammenzuschließen, um die preisverteuernde Wirksamkeit des Zwischen- und Schieberhandels auszuschalten. Manche Metzger-Innungen Deutschlands haben dies auch getan. **So haben sich die Mitglieder der Leipziger Fleischer-Innung zu einer besonderen Ein- und Verkaufsgenossenschaft zusammengeschlossen. Durch gemeinschaftlichen, trotz der Höhe der Preise oft immer noch vorteilhaften Viehbezug war es hierdurch gelungen, die Leipziger Fleischpreise gegenüber anderen deutschen Großstädten etwa 2 ℳ pro Pfund billiger zu halten, als wenn sie das Vieh vom Handel bezogen hätten."**

Leider sind diese Einkaufs- und Absatzgenossenschaften nur vereinzelte Inseln geblieben, umbrandet von der Sündflut der wilden Wirtschaft. Die deutsche Metzgerschaft hat die Gelegenheit, den Aufkauf und Vorteil des Schlachtviehs in eigene Hände zu bekommen, für immer verpaßt. **Jetzt ist das Viehhandelskapital allmächtig und beherrscht den ganzen Viehverkehr.** Daß die **Zwangswirtschaft** des **Schlachtviehhandels** aber zum **Bankrott der Fleischversorgung** führt, ist selbstverständlich. Auch der Metzgerstand wird darin untergehen. Der Metzgerstand kann nur noch dadurch sein Dasein fristen, daß er die vom Viehhandel hinaufgetriebenen Preise **unbarmherzig** auf den **Verbraucher abwälzt.** Man bedenke: **Der Fleischverbrauch der städtischen Bevölkerung ist gegenüber der Vorkriegszeit um 65—80 Prozent zurückgegangen, und von diesem winzigen Umsatz will die gesamte vorkriegszeitliche Metzgerschaft und eine vermehrte Händlerschaft** leben, ein **rentabel Geschäft führen, womöglich noch Rücklagen machen!**

Wir schrieben nach Aufhebung der Zwangswirtschaft: Ihr **Metzger** achtet auf die Zeichen der Zeit, habt Verständnis für die Not des Volkes, schwingt euch auf, das Notwendige zu vollbringen! **Begnügt euch mit bescheidenem Verdienst und schaltet vor allem jeden preisverteuernden Zwischenhandel aus!"** Das Vorgehen der **Münchner Verbrauchervereine**, die kürzlich die **„Konsumgenossenschaftliche Fleischversorgungsgesellschaft in Bayern"** gründeten, ist beachtlich. Die „Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftspresse" begrüßte diesen Schritt auf dem Wege zur genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft mit den Worten:

„Noch einen Schritt weiter und die unmittelbare Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher ist da. Es fehlt dazu nur, daß die Fleischversorgungsgesellschaft das Schlachtvieh unmittelbar von der (landwirtschaftlichen) Fleischverwertungsgenossenschaft kauft und es in eigenen Schlächtereien zum Verkaufe herrichten läßt. Dann ist die gewünschte nahe Beziehung zwischen Erzeuger und Verbraucher hergestellt. — Aber auch das Ende des freien Metzgerhandwerks!"

Daß die Münchner Fleischverwertungsgenossenschaft nicht gedeihen konnte, lag nur darin, daß es ihr an **geistiger Leitung, an selbstlosen Menschen und an klaren Köpfen fehlte** — der Jammer vieler Verbrauchergenossenschaften. **Auch darf die genossenschaftliche Fleischversorgung nicht nur örtlich geregelt werden, sie muß größere Gebiete, ja das ganze Reich umfassen, sie muß eine einheitlich geleitete, örtlich gegliederte und von Fachleuten getätigte Vieherfassung besitzen und muß mit den erzeugenden Berufsständen, insbesondere mit der Landwirtschaft, in enger Verbindung stehen. Dieses Grundgesetz des genossenschaftlichen Versorgungswesens gilt für alle Wirtschaftszweige. Darum unmittelbarer Zusammenschluß der Industrie und der Landwirtschaft mit der Verrbaucherschaft auf dem allgemeinen Boden einer freien, genossenschaftlichen „Volkswirtschaft". Laßt uns ins Bewußtsein hämmern: Die gemein- bezw. volkswirtschaftliche Vereinigung der du einem einzigen festen Ring zusammengeschlossenen deutschen Verbraucherschaft mit den Industrieringen und den landwirtschaftlichen Genossenschaften muß kommen, wenn das deutsche Volkswesen gerettet werden soll.**

Wann finden die Reichs- und Landesregierungen den Mut, zum Schutze der Verrbaucher, zur Beendigung der Wucherer und wilden Händler und zur Unterstützung des staatsanwaltlichen Rechtsschutzes das Netz der ortsgenossenschaftlichen Preisprüfungs- und Wucherabwehrstellen lückenlos über alle Länder auszubauen? Wann findet unser Volk die Kraft der Einheit und Gemeinsamkeit, um durch Ausbau und Gliederung des Genossenschaftswesens über alle Länder des Reiches, und durch Regelung der Versorgung von Genossenschaft zu Genossenschaft, die Wucherer- und Händlerpest auszurotten und dadurch das deutsche Wirtschafts- und Ernährungswesen der Gesundung zuzuführen. Wer hilft mit?

Naturallieferungen für Deutschnationale

Der **deutschnationale Kreisverein Görlitz** (Stadt und Land) gibt für seine **Mitglieder** ein periodisch erscheinendes Mitteilungsblatt heraus. Der letzten Nummer des nur für die Mitglieder bestimmten Blattes lag, wie uns aus Görlitz mitgeteilt wird, ein Zettel folgenden Inhalts bei:

„Durch **unentgeltliche Naturallieferungen** von **Landwirten** der Umgegend von Görlitz sind wir in die Lage versetzt, **unseren Parteimitgliedern** in Görlitz ein **gewisses Maß von Weizen- und Roggenmehl zu Vorzugspreisen** abzugeben. Berechtigt zum Bezuge ist jedes in Görlitz wohnende Mitglied der Partei, das bereits am 1. März ds. Js. eingeschriebenes Mitglied des „Deutschnationalen Kreisvereins" gewesen ist. Wir fordern unsere Mitglieder auf, bis spätestens zum 15. April einschließlich die Bezugsscheine für die auf sie entfallenden Anteile in unserem Geschäftszimmer, Gartenstraße 201, gegen Vorlegung der Mitgliedskarte und Bezahlung des Bezugspreises abzuholen. — Verpackungsmaterial ist von dem Bezieher zu stellen.

Görlitz, den 27. Februar 1922.

Der Vorstand des Deutschnationalen Kreisvereins Görlitz (Stadt und Land)."

So verhalten sich die Leute, die täglich mit ihrer eigenen Notlage hausieren gehen. Das Vaterland über die Partei ist ihre Parole, aber dennoch haben sie nichts weiter im Auge als ihre persönlichen Interessen und die der Partei. Der deutschnationale Kreisverein in Görlitz macht mit seiner Methode ein doppeltes Geschäft, denn einmal wird den Mitgliedern gedient, und zum anderen fließt ein erheblicher Betrag in die Parteikasse, denn für das unentgeltlich empfangene Mehl müssen 5 ℳ für Weizenmehl und 4 ℳ für Roggenmehl pro Pfund bezahlt werden. Gegenüber den heutigen Tagespreisen ist das zweifellos eine Vergünstigung für die Mitglieder, immerhin bleibt aber die Hauptsache bei der Schiebung, Mitglieder zu fangen und die Parteikasse auf Kosten der Masse der Verbraucher zu füllen.

Gemeindepolitik

* **Zell a. H.**, 17. März. Die Verkündigung der Gemeinderechnung in der letzten Bürgerausschußsitzung ergab von dem Stande der Finanzen der zurzeit schuldenfreien Stadt ein günstiges Bild und einen guten Ausblick in die nächste Zukunft. Die Ausnutzung des noch ziemlich reichlichen Waldbestandes hat der Stadt wesentlich geholfen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 18. März. Vor schwach besetztem Hause wird die Beratung über die Steuervorlagen fortgesetzt. Als erster Redner erhält das Wort

Abg. Dr. **Emminger** (Bayer. Vp.): Zur Balanzierung unseres ordentlichen Etats müssen die neuen Steuern geschaffen werden. Bei der Ablehnung der vorliegenden Steuergesetze wird sich unsere wirtschaftliche Lage keineswegs verbessern. Aber auch die Erfassung der Sachwerte, die wir für ein unmögliches Experiment halten, kann die fortschreitende Teuerung nicht verhindern. Der neue Steuerdruck wird sicher eine neue Preissteigerung zur Folge haben, die wiederum erheblich zur Einschränkung des Konsums beiträgt. Das allein kann schon zum Zusammenbruch unserer Wirtschaft führen. Trotz aller Gesetze gegen die Kapitalflucht hatte diese angesichts der bevorstehenden Steuergesetze einen ungeahnten Umfang angenommen. Es ist leider zu befürchten, daß die Steuerbehörden in dem Wettlauf mit den Kapitalsteuerpflichtigen ins Hintertreffen geraten. Dazu kommt ein in gewisser Beziehung legalisierter Kampf der Steuerpflichtigen gegen die Steuerbehörden. Es ist dringend zu wünschen, daß die Steuerbehörden bei Verfolgungen der Steuerhinterziehungen nicht den kleinen Defraudanten nachlaufen und dabei vergessen, den Großen auf die Finger zu sehen. Sparsamkeit ist in der Reichsverwaltung dringend notwendig und kann auch ohne den Sparminister durchgeführt werden, wenn der Finanzminister die verfassungsmäßigen Garantien ausnützt, die ihn instand setzen, alle Auswüchse zu bekämpfen. Wir begrüßen den Antrag der Sozialdemokraten gegen die Schlemmerei und werden ihn unterstützen. Die Zwangsanleihe wirkt ungerecht, schädigt die Wirtschaft und ist technisch außerordentlich schwierig. Wir sind jetzt steuerlich so überlastet, daß nach Erledigung dieser Steuergesetze endlich einmal Schluß gemacht werden muß. (Beifall.)

Abg. Dr. **Geyer** (K.A.G.): Das Wesen des Steuerkompromisses besteht darin, daß das vom Reichskanzler betonte Positive ganz in den Hintergrund und das Negative, das sind die Bedingungen der Deutschen Volkspartei, in den Vordergrund treten. Wir verurteilen das Steuerkompromiß vor allem wegen seiner finanz- und volkswirtschaftlichen Wirkungen, denen gegenüber sogar die schreiende Ungerechtigkeit in der Verteilung der Lasten zurücktritt. Alle unsere Anregungen auf eine sozialere Gestaltung der Steuergesetze sind von den Kompromißparteien abgelehnt worden. Das Kompromiß ist getragen von dem Geiste der sozialen Ungerechtigkeit, der die Lasten des Krieges nicht dem Besitz, sondern den Verbrauchern auferlegt, deshalb lehnen wir das Kompromiß grundsätzlich ab. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Abg. **Köhnen** (Komm.): Die Opfer dieses Steuerraubzugs würden mit der Faust auf den Tisch schlagen, wenn sie sehen, mit welcher Interessenlosigkeit der Reichstag diese Materie behandelt. Während hier gefeilscht wird, bereiten sich draußen im Lande gewaltige Massenkundgebungen vor. Der Eisenbahnerstreik war das erste Warnungssignal. Im ganzen Reiche werden unzählige Streiks geführt. In Schlesien, Mitteldeutschland und Brandenburg werden im Frühjahr große Landarbeiterbewegungen einsetzen. Der Teuerungswelle im November ist eine zweite gefolgt und mit den neuen Steuern wird eine dritte und noch größere heraufbeschworen. Alle, die diesem Steuerkompromiß zustimmen, machen sich des Mordes an Millionen schuldig. (Unruhe, Rufe: Rußland!) Wenn in Rußland Millionen Menschen Hungers sterben, so tragen die Weißgardisten die Schuld daran, die die Wolgagebiete plündernd durchzogen haben. Das Reich ist bankrott und nur aus Angst vor der sozialen Revolution will man diesen Bankrott nicht erklären. Aber die Hyänen der Stinnespartei gedenken sich noch aus den Trümmern dieses Bankrotts zu bereichern. Die Arbeiterschaft aber wird zum Kampf gegen den kapitalistischen Staat antreten, um die politische Macht zu erringen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Damit ist die zweite Beratung des Mantelgesetzes beendet. Das Haus vertagt sich auf Montag 2 Uhr.

Soziale Rundschau

Einigung zwischen Krankenkassen und Aerzten

Wie das „**Offenburger Tageblatt**" erfährt, ist in dem Streit zwischen den badischen Krankenkassen und Aerzten nunmehr eine Entscheidung des Schiedsgerichts gefällt worden, und zwar dahin, die sogen. gleitende Skala anzuwenden. Es wurde ein bestimmter Gebührensatz für den Januar angenommen und zu diesem Gebührensatz wird der jeweils gültige Reichsindex in der Weise zugeschlagen, daß aus jedem Vierteljahr das Mittel der für die drei Monate gültigen Reichsindexziffern genommen wird. Die Anwendung erfolgt auf ärztliche Grundleistung und ebenso auf die übrigen in der badischen kassenärztlichen Gebührenordnung vorgesehenen Sonderleistungen. Mit diesem Schiedsspruch dürften die bestehenden Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sein.

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinstadtgeschichte

13 Von Anna Croissant-Rust

(Fortsetzung.)

Da tauchte, wie aus der Erde gestampft, will sagen, aus dem Eise, der Fritzl auf.

Fritzl war da. Grinsend, gefällig, verstehend. Nicht der böse Feind, der Widersacher, der abscheuliche Plaggeist, nein, ein kleiner devoter lächelnder Page, ein Dienstbereiter, ein „Galanthuomo".

„Dort san d' G'werbschachteln," meldete er, und mit ein paar Sprüngen war er voran, den dünnen langen roten Vogelhals wieder und wieder nach seinen Begleiterinnen umdrehend, schlitterte er über das Eis und steuerte auf die Bank zu. Dort saßen schon ein paar weibliche kichernde Wesen im Backfischalter, von einer Schar von Studenten und Gewerbschachteln umlagert; bedient wurden sie von etlichen Cupidos, Genre Fritzl, etwa zehn- oder zwölfjährig, die sich bemühten, den holden durch die Männlichkeit in Anspruch genommenen Engeln die Schlittschuhe anzuschnallen.

„Daou san d' G'werbschachteln," sagte der Fritzl im unverfälschten Oberpfälzisch und deutete, ein Wissender, auf die Corona.

Seine blanken Augen folgten mit Freude der ungeschlachten blonden Krinolineline, die sich auf dem Eise bewegte wie ein Walroß, das das Tanzen lernen soll, dazu ergötzte ihn das kleine, scheckige Chlonnenchltrählche, das ängstlich wie ein Wiegmesser, das nicht recht in Gang kommen kann, auf der glatten Fläche vorwärts strebte, und jetzt entdeckte er gar noch die vier Augen, die sich trotz Drangsal und Mühe auf einen Punkt konzentrierten — — dort stand der größte, der blondeste und bekannteste der Gewerbeschachteln, einer, dem sich der Fritzl, ohne ihn zu kennen, immer geistesverwandt gedünkt hatte, und dem er schon seit langem alle Sympathie zuwandte.

„Line, er ist da!" flötete das Rosinchen, und:

„Ja, Rosinerl, da ist er!" hauchte die robuste Line und wäre am liebsten zergangen auf dem Eise, wie die Restchen Schnees, die an ihren ansehnlichen Schuhen tauten — denn sie — oh, sie liebte still und verborgen, keusch, und dennoch mächtig denselben, ganz denselben Adonis. Wie ein Blitzstrahl war ihr diese Erkenntnis durch Rosinchens Blick gekommen.

Das Rosinchen dagegen merkte nichts von Lines Gefühlen. Gehoben, getragen, entrückt durch ihre Liebe, schwebte es auf einmal förmlich auf das Bänkchen zu, und die weiße Quaste tanzte einen wahren Liebessturm vor der Kartoffelnase der Line her.

Das Kommen der Freundinnen erregte Aufsehen. Der Fritzl machte seinen Damen mit dem Ellenbogen Bahn und geleitete zu dem Bänkchen, von dem sich die andern Dämchen kichernd erhoben. Dabei warfen sie sich Seitenblicke zu und pufften sich in die Rippen oder flüsterten den führenden Jünglingen etwas in die Ohren, den Muff gewaltsam vor Mund und Nase gepreßt, etwas, an dem sie schier ersticken wollten. Das ungleiche Paar ließ sich in gleicher Aufregung auf dem Bänkchen nieder; der große und beachtenswerte Jüngling stand noch dort.

„Daou san's," sprach wieder der Fritzl, und vermittelte, indem er der blonden, auffällig derben Gewerbeschachtel einen sanften Stoß gab, auf diese gleich geniale wie lakonische Art die Bekanntschaft.

Das Rosinchen kalkulierte noch schnell, ob es dem Fritzl etwa gar ein paar Kreuzer geben müsse, während sich der Adonis räusperte und zwar so ausdrucksvoll, daß dies gut als Anfang der Unterhaltung gelten konnte; das Rosinchen sah auch gleich seelenvoll zu ihm auf und sagte: „Ach Gott, wie hoch ist doch die Bank, meine Beine reichen nicht herunter."

Woruf er, sehr respektvoll den Hut ziehend, erwiderte:

„Sie müßten längere Beine, oder die Bank müßte kürzere haben."

„Ach Gott, Sie hawwe Geischt," kreischte das Rosinche.

„Ja, man sieht mirs nur nicht an."

„Hab ich Ihne doch schon lang angesehe! Stellen Sie sich nur nit so!"

„Wer Augen dafür hat und selbst Geist — aber übrigens friere ich hier an, laufen denn die Damen nicht?"

Die Line erschauerte, verkroch sich noch tiefer in ihren schäbigen Mantel und schaute mit traurigen, blauen, hilflosen und dennoch so seligen Augen zu dem großen Jungen auf.

Das Rosinchen war sofort Herr der Situation. **Ein Mut**, eine Unternehmungslust war in ihr erwacht, **die sie alles vergessen ließen**. Vorhin hatte sie noch zur **Line gesagt**: „**Schlitt**schuhlaufe is eigentlich nit ganz anständig," nun erwidert sie prompt: „Geloffe bin ich noch nicht, aber ich **bin ganz und gar nicht abgeneigt, nur mein Herr, hab' ich keine Schlittschuhe.**"

„Sonst keine Schmerzen?" lachte der Adonis, „werde Ihnen gleich ein Paar hier leihen."

Im Nu war er fort und ebenso schnell wieder da, im Nu war er niedergekniet, den eifrigen Fritzl beiseite schiebend, hatte die in der Luft baumelnden Füße des überglücklichen Rosinchens erfaßt und begann ein Paar großer Schlittschuhe festzuschrauben.

So groß waren sie, daß selbst das in allen Himmeln schwebende Chlonnenchltrählche, das freilich nie die praktische Seite ganz aus dem Auge verlor, es gewahr wurde.

„Hören Se, sind die nit zu groß?" flötete es ihn an.

„**Das werd ich doch wohl** besser wissen, mein gnädiges Fräulein!"

„Gnädiges Fräulein?!" Dem Chlonnenchltrählche schwindelte **ordentlich; dennoch** ließ es eine praktische Frage nicht außer acht.

„Und was kostet das Leihe?"

„Zwanzig **Kreuzer!**" **Das Rosinche wurde blaß**, so viel hatte es nicht erwartet! Aber einen Blick auf den Adonis, einen auf den zweiten Schlittschuh, der schon fest saß — das verliebte Jüngferlein zog den Beutel und überreichte mit süßsauren Lächeln und spitzen Fingern dem Jüngling das Geldstück. Dann kam noch eine Erregung: „[illegible] ich konns ja eigentlich nit!"

„Dadrf[illegible] bin ich da," schmarrte der Adonis [illegible] Würde und nahm das kleine Persönchen halb in seine Arme, um ihm von der Bank herabzuhelfen.

In demselben Augenblick [illegible] Mädchen einen [illegible]ten Luftzug und, sich umdrehend, sah es in das boshaft grinsende Vogelsgesicht des Fritzl.

„Nu, was wäre denn des, wer [illegible] den Baschlik nunterziehe?" schrie das Rosinchen erbost, aber [illegible] hatte sie der Jüngling gefaßt, — „mit starkem Arm" jubelte es in ihr — sie aufs Eis gestellt und fortgezogen.

Sie wußte nicht ob sie träume oder wache, wurde sie doch durch alle Himmel oder durch alle Höllen geschleift. Die Himmel waren die Wonnen, die sie empfand, an seinem Arme hängend, ja fast — wenn sie größer gewesen wäre — an seinem Herzen liegend, dahin zu gleiten, die Höllen stellten diese gräßlichen Dinger dar, die er, gleichsam um ihre Liebe zu prüfen, an ihre Füße geschnallt hatte, die anpappten, wenn sie fort wollte und ausrissen, wenn sie zu stehen wünscht. Dabei trug er sie doch eigentlich wie ein Engel mit mächtigen, brausenden Fittichen, wenn's auch nicht brauste.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Reichswehr – Republik – Revanchekrieg

In der Reichstagssitzung vom 14. März d. J. sprach Genosse Abg. Schöpflin im Auftrage der Reichstagsfraktion in der Generaldebatte zum Etat der Reichswehr. Wir lassen die Rede des Genossen Schöpflin im Wortlaut nach dem amtlichen Stenogramm folgen:

Schöpflin, Abgeordneter:

Der Herr Reichswehrminister hat in seiner Rede am Freitag die Tatsache konstatiert, daß die **Neuorganisation der Reichswehr** nun so durchgeführt und vollendet sei, daß sie den **Bestimmungen des Friedensvertrages entspreche**, also mit ihm in Einklang gebracht worden ist. **Die Neuorganisation ist aber nicht in Einklang zu bringen mit der Sparsamkeit**, die uns, glaube ich, unsere **finanzielle Lage aufzwingt.**

Schon im vorigen Jahre habe ich darauf verwiesen, daß die Besetzung der Reichswehr mit **hohen** Offiziersstellen, mit hohen Chargen eine solche ist, daß sie als **außerordentlich reichlich**, will ich einmal sagen, anzusprechen ist. **Militärische Notwendigkeiten, dienstliche Erfordernisse können meines Erachtens** für diese reichliche **Besetzung mit hohen Offiziersstellen nicht** ins Feld geführt werden. Wenn wir bei 1958 **Leutnants** und Oberleutnants immer noch 1839 **Offiziere** in der **Charge Hauptleute**, Stabsoffiziere, **Obersten** und **Generale** haben, wenn wir allein bei 1958 Leutnants **1122 Hauptleute, 675 Stabsoffiziere** und Obersten und 42 Generale haben, so ist das **zu viel.** Auf 89 Mann einen **Hauptmann**, auf **148** einen **Stabsoffizier**, auf 2380 Mann ein **General**, das ist eine **Ausstattung der Reichswehr mit hohen Offizieren, die weder im alten Heer üblich** war, noch auch mit den neuen Erfordernissen und den neuen dienstlichen Bedingungen, die ja schließlich für die Reichswehr gelten, in Einklang gebracht werden kann.

Bei der **Neuorganisation** der Reichswehr ist sicher im **vergangenen Jahre** vom **Reichswehrministerium** und von der **Heeresleitung ein großes Stück organisatorischer Arbeit geleistet worden**, das **anerkannt** werden muß. Wer nur einigermaßen die Schwierigkeiten kennt, die bestanden haben, wer weiß, wie die **Reichswehr unter dem Zwange innerer und äußerer Verhältnisse zusammengesetzt wurde**, wer in Betracht zieht, wie viele Offiziere verabschiedet werden mußten, **welche Gefahrmomente und Schwierigkeiten sich dabei ergaben**, wie auch organisatorische Gebilde beseitigt und neugeschaffen werden mußten, wie schließlich die Freikorps zu einem organisatorischen Ganzen verschmolzen werden mußten, der wird, wenn er objektiv sein will, der Heeresleitung und dem Reichswehrministerium die Anerkennung nicht versagen können, daß mit Fleiß und, wie ich gern zugebe, auch mit einem gewissen Geschick diese organisatorische Arbeit geleistet worden ist.

Auf **anderen Gebieten** waren **Reichswehrministerium** und **Heeresleitung** leider noch **nicht so erfolgreich** wie in der **rein organisatorischen und technischen Arbeit.** Es ist ihnen noch nicht gelungen, das gelegentliche **Aufflackern des Freikorpsgeistes** in der Reichswehr auf ein solches Minimum zurückzuschrauben, daß man schließlich nur von trüben Lichtlein sprechen kann, die gelegentlich sich zeigen. Da oder dort kommen bei einzelnen Truppenteilen immer wieder **Erscheinungen oder Ereignisse** vor, die **unzweifelhaft bedenklich sind, die zu unterdrücken eine gebieterische militärische Pflicht des Reichswehrministeriums** ist. Ich will nur an eine **Reihe von Demonstrationen gegen die Republik** erinnern, die sich bei **einzelnen Reichswehrformationen** oder mindestens bei **einzelnen Personen** und bei bestimmten Gelegenheiten ereignet haben. Auf Einzelheiten gehe ich hier im Plenum nicht ein, sie sind in der Kommission besprochen worden.

Danach finde ich auch die **Haltung des Reichswehrministeriums** in bezug auf die **wirtschaftlichen Organisationen** nicht glücklich. Wenn der **Reichswirtschaftsbund deutscher Berufssoldaten** aus Gründen, die wir im vorigen Jahre vom Herrn Reichswehrminister gehört haben, verboten, dann aber der **Bund der Militäranwärter** zugelassen wird, so ist das meines Erachtens doch eine etwas **unterschiedliche Behandlung.** Sie hat denn auch dazu geführt, daß bei vielen Reichswehrsoldaten, die dem Reichswirtschaftsbund angehören, das **Gefühl der ungerechten Behandlung** lebendig ist, und ich glaube, wir sollten in der gegenwärtigen Situation wie überhaupt alles vermeiden, um Bitterkeiten bei der Truppe nicht aufkommen zu lassen.

Ebenso unverständlich ist mir ein Erlaß der Abteilung 6 des Reichswehrministeriums, der im Januar oder Februar d. J. — ich glaube am 22. Januar — ergangen ist und der den **Angestellten und Arbeitern**, die im Reichswehrministerium bezw. bei militärischen Behörden beschäftigt sind, verbietet, daß sie von Kameraden und Kollegen den **Beitritt zu wirtschaftlichen Organisationen fordern.** (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich muß sagen, **das geht das Reichswehrministerium doch gar nichts an**, es ist doch **absolut das Recht der Angestellten, die Koalitionsfreiheit besteht** doch! Mit welchem Recht kommt dann das Reichswehrministerium zu einem solchen Verbot? Wir werden ja vermutlich die Antwort so hören: wir verbieten nur die Agitation innerhalb des Dienstes. Aber das wissen wir doch alle, daß, wenn Arbeiter, ganz gleich, ob sie bei einem Kleinmeister oder beim Reichswehrministerium oder sonst wo beschäftigt sind, gelegentlich, etwa bei Arbeitspausen, über Organisationsfragen gesprochen wird, daß zu einem Kollegen gesagt wird: Höre einmal, Kollege, du gehörst auch in die Organisation! — Auf Grund dieses ganz unverständlichen Erlasses kann gegen ihn vorgegangen werden. **Ich sehe in diesem Verhalten der Abteilung 6 des Reichswehrministeriums eine provozierende Handlung gegenüber der Koalitionsfreiheit.**

Wir haben auch darüber zu klagen, daß in den **Kasernen**, in den **Lesesälen** und **Bibliotheken** einzelner Truppenteile **sozialistische Zeitungen so gut wie gar nicht vorhanden** sind. Der Herr Reichswehrminister hat uns im Ausschuß gesagt: Ja, das liegt daran, daß vermutlich die **sozialistischen Verlage** ihre **Druckerzeugnisse**, also die Zeitungen, **nicht** in die Kasernen schicken und sie nicht überweisen. **Ich richte hier die Aufforderung gerade an die sozialistischen Verleger, vom 1. April an** — jetzt ist ja zur Ueberweisung noch Zeit — **an die ihnen naheliegenden Truppenteile ein bis drei Exemplare der Zeitungen zu schicken.** Dann wollen wir sehen, ob sich dann nicht wieder das herausstellt, was wir inzwischen erfahren haben, daß **einzelne Truppenbefehlshaber versuchen**, das **Auslegen** von **sozialistischen Zeitungen zu hintertreiben.** Wir werden ja darauf achten, und ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß **wir mit allen Truppenteilen ja Fühlung genug haben, um kontrollieren zu können**, ob von den Befehlshabern gegen die sozialistischen Zeitungen irgenwelche Widerstände erhoben werden, während nationalistische Zeitungen bevorzugt werden. Wir werden uns dann im nächsten Jahr oder, wenn es vorher möglich ist, bei passender Gelegenheit zu diesen Dingen äußern.

Im Hauptausschuß ist bei der Beratung des Militäretats die Schwierigkeit besprochen worden, die die Militärverwaltung mit der Unterbringung verheirateter Offiziere und Unteroffiziere hat. Es ergeben sich da tatsächlich sehr böse Schwierigkeiten. Wir haben Fälle zu verzeichnen, wo **Offiziere jetzt schon im achten Jahre nicht mehr mit ihrer Familie zusammen leben können.** Sie gingen ins Feld und blieben dann bei der Reichswehr; zunächst wurden die Formationen hin und her geschoben, bis die Garnisonierung der ganzen Reichswehr endlich fertiggestellt war. Die Herren sind also seit Jahren von der Familie getrennt. Das ist in keinem Falle erwünscht, weder im Interesse der Herren noch ihrer Familie, noch aus allgemeinen Gründen. Es kommt hinzu, daß dem Reiche aus diesem Mißstand natürlich ganz erhebliche Ausgaben erwachsen. Es ist im Hauptausschuß an den Herrn Reichswehrminister das Ersuchen gerichtet worden, das er ja recht gern entgegengenommen hat, auf Mittel und Wege zu sinnen, um gegebenenfalls aus fiskalischen, reichseigenen Grundstücken zu versuchen, Abhilfe zu schaffen. Wie schlimm die Dinge gelegentlich bei der **Wohnungsfrage** liegen, will ich hier nur an Hand der **Berliner Verhältnisse** einen Augenblick streifen. In **Groß-Lichterfelde** wohnten früher, als das alte Heer und die Kadettenanstalt noch bestand, eine Unmenge Offiziere. Ein großer Teil dieser Herren hat die damaligen Wohnungen verlassen. Es ist heute in Berlin unendlich schwierig, eine Wohnung für einen hierher versetzten Offizier oder Beamten zu bekommen. **Diesen großen Schwierigkeiten steht aber die Tatsache gegenüber, daß in Groß-Lichterfelde russische Weißgardistenoffiziere in luxuriösen Wohnungen in außerordentlich großer Zahl wohnen.** (Hört, hört! links.) **Groß-Lichterfelde steckt voll mit Schiebern, mit Schwindlern, mit all dem Zeug, das in Deutschland ein elendes Parasitenleben führt.** Dafür ist natürlich das Reichswehrministerium nicht verantwortlich zu machen. Es hat gar nichts damit zu tun und würde die Zustände gern ändern. Aber **beim Wohnungsamt in Groß-Lichterfelde** — und ich bin von Leuten, die damit vertraut sind, beauftragt, das zu sagen — **herrscht eine solche Günstlingswirtschaft und Schlamperei, die wohl das Skandalöseste ist, das wir bisher in diesen Dingen in Deutschland erlebt haben.** (Zuruf rechts: Zur Sache!) — Ist das nicht zur Sache, wenn wir für die Offiziere Wohnungen suchen und Zustände geißeln, auf Grund deren wir Millionen ausgeben müssen durch den Umstand, daß wir keine Wohnungen haben? Sie werden sehen, daß das sehr zur Sache ist. — Wir werden also genötigt sein, auf Kosten des Reichs jetzt Mittel bereit zu stellen. Ich glaube, aber **es wäre doch die Pflicht der Regierung, soweit ihr durch Gesetze Handhaben gegeben sind, einmal diesen furchtbaren Mißständen im Wohnungswesen entgegenzutreten.**

Wenig erfreulich ist, daß bereits, obwohl die Reichswehr knapp drei Jahre besteht, wieder **Klagen über schlechte Behandlung** kommen. Ich gebe zu, die Klagen sind nicht besonders häufig, aber daß sie überhaupt jetzt schon kommen können, ist eine recht unangenehme Sache. Schlechte Behandlung der Untergebenen war schon unter den Zwangsverhältnissen im alten Heer zweifellos ein wenig ehrenvolles Kapitel für die Armee. Heute aber in der **demokratischen Republik** und unter den nun gegebenen Verhältnissen, auf denen unsere militärische Organisation aufgebaut ist, ist es **noch weniger ehrenvoll.** Ich muß den Herrn Reichswehrminister ersuchen, wenn ihm Fälle von schlechter Behandlung mitgeteilt werden, **mit aller Rücksichtslosigkeit einzuschreiten.** Noch **betrübender** ist, daß **einzelne Fälle von Soldatenmißhandlungen** mitgeteilt werden konnten. Im Hauptausschuß ist ein sehr böser Fall zur Sprache gekommen. Ich gehe auf die Einzelheiten nicht ein. Aber **da ist es notwendig, mit der Schärfe einzuschreiten, die, glaube ich, auch im Interesse des Dienstes notwendig ist. Es ist einfach ein Skandal, wenn auch heute sich Sadisten in der Armee befinden, die ihre Untergebenen mißhandeln.**

Auf der anderen Seite aber kann ich dem Herrn Reichswehrminister nur zustimmen, wenn er sagt, **er kann in der Armee weder jemand gebrauchen, der mißhandelt, noch jemand, der sich mißhandeln läßt.** Wenn heute Reichswehrsoldaten nicht so viel Mut aufbringen, einem Vorgesetzten, der ihnen tätliche Beleidigungen oder körperliche Mißhandlungen zuteil werden läßt, entgegenzutreten, so ist das allerdings traurig; solche Leute gehören nicht in die Reichswehr. Denn diese Feigheit muß schließlich auch den Mannschaften ausgetrieben werden. Mit einem gewissen Mut von unten herauf läßt sich nach oben hin manche Besserung erzielen. Ich hoffe, daß doch bei den Reichswehrsoldaten die Ueberzeugung und das Pflichtgefühl Allgemeingut wird, daß sie sich in Zukunft nicht mehr mißhandeln und beschimpfen lassen, wie es teilweise bereits wieder anfängt.

Im Hauptausschuß ist an den Herrn Reichswehrminister die präzise Frage gestellt worden, ob die Reichswehr auch eine wirklich zuverlässige Stütze der Verfassung sei. Der Herr Reichswehrminister hat sowohl im Hauptausschuß wie am vorigen Freitag hier im Plenum diese Frage mit einem glatten Ja beantwortet. Wenn der Herr Reichswehrminister mit seinem Ja eine Tatsache ausgesprochen haben sollte, so wäre das außerordentlich erfreulich. Aber er wird es uns nicht übel nehmen, wenn wir einstweilen noch etwas vorsichtig sind und annehmen, daß es sich um einen starken Glauben des Herrn Reichswehrministers handelt. Der Herr Reichswehrminister muß allerdings einen starken Glauben haben; denn um diese Aufgaben zu leisten, die er in den letzten zwei Jahren unter großen Schwierigkeiten geleistet hat, ist nicht nur ein Mann von Pflichtgefühl nötig, sondern **ein Mann mit einem beinahe unerschütterlichen Glauben.** Es sind aber — ich habe vorhin schon kurz darauf hingewiesen — einzelne **Erscheinungen und Vorgänge, die dieses glatte Ja des Herrn Reichswehrministers ein bißchen verdunkeln.** Nehmen wir nun einmal das **Offizierkorps.** Es ist, wenn auch vielleicht einzelne Ausnahmen vorhanden sein mögen, **zum größten Teil monarchistisch gesinnt.** In den meisten Fällen sind die Offiziere **aus der alten kaiserlichen Armee** hervorgegangen und es ist ganz selbstverständlich, daß sie dort monarchistisch erzogen worden sind. Ich denke auch nicht daran, nun etwa zu verlangen, daß sie sich **plötzlich umstellen** sollen. **Menschen sind keine Automaten und es ist nicht möglich, daß sie sich nun innerhalb kurzer Zeit innerlich völlig umstellen.** Es handelt sich da um einen **inneren Prozeß**, der bei dem einen länger dauert als beim anderen. **Daß wir ein monarchistisches Offizierkorps haben, erklärt sich aus den Zwangsverhältnissen, wie sie sich entwickelt haben, aus den Zwangsverhältnissen von außen, aber ganz besonders auch aus den Zwangsverhältnissen von innen. Wenn wir nicht vor zwei und drei Jahren diese betrüblichen und außerordentlich bedauerlichen inneren Unruhen gehabt hätten, dann hätte man zweifellos den Aufbau der Reichswehr wesentlich anders vornehmen können.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer die Dinge hat mitmachen müssen, weiß, daß **es gar keinen andern Weg gab als den, der durch die Verhältnisse vorgeschrieben wurde.** Aber wenn ich daran denke, daß bei der **Umorganisation** und bei der Reorganisation der **Reichswehr**, die ja jetzt vollendet ist, bei der **Verabschiedung von Offizieren** mit **peinlicher Genauigkeit** darauf gehalten worden ist, daß **jeder des Republikanismus verdächtigte**, vor allen Dingen aber **jeder etwa sozialistisch gesinnte Offizier entfernt wurde**, so kann man doch daraus gewisse starke Bedenken ableiten. **Es ist ja nicht immer so gewesen, daß die Verabschiedung von Offizieren lediglich aus dienstlichen Gründen erfolgte, sondern man hat sich angelegen sein lassen, Offiziere, die sozialistisch gesinnt waren, oder sich öffentlich zur Republik bekannten, beiseite zu schieben. Das ist eines der Kapitel, das die Behauptung des Reichswehrministers, die Reichswehr und das Offizierkorps seien heute schon verfassungstreu, doch ein wenig zweifelhaft erscheinen läßt.**

Es kommt hinzu, daß das Offizierkorps auf die Mannschaften einen starken Einfluß hat. **Die Mannschaften werden kaum aus irgend einem politischen Beweggrund, aus irgend einem staatspolitischen Ideal in die Reichswehr eingetreten sein.** Es handelt sich vielmehr für sie in den **meisten Fällen** um eine **Existenzfrage.** Sie wollen ihre Existenz momentan und auch eventuell für die Zukunft sichern. **Diese Leute werden natürlich umsomehr in der Hand der Offiziere sein, je geordneter die Reichswehr ist.** Bei diesem großen Einfluß der Offiziere ist es selbstverständlich nicht ganz unbedenklich, wenn wir wissen, daß das **Offizierskorps in der Hauptsache monarchistisch gesinnt** ist. Die Reichswehr braucht natürlich deswegen noch **nicht direkt konterrevolutionär, staatsstreichlerisch** gesinnt zu sein. Ich nehme auch an, daß das in der Hauptsache nicht der Fall sein wird. Aber auf die vorhandenen Tatsachen müssen wir hinweisen, und wir wollen auch dem Herrn Reichswehrminister und den Herren von der Heeresleitung sagen, daß **wir die Reichswehr immer noch mit der Vorsicht betrachten, die durch die Sachlage und vor allen Dingen durch die Erfahrungen und durch einzelne Vorgänge der Vergangenheit geboten** ist. Aber, meine Damen und Herren, gegenüber manchen Uebertreibungen in der Presse und auch hier und da in Versammlungen, wo die **Reichswehr als eine so fürchterliche Gefahr** für irgend einen **demnächstigen monarchistischen Putsch** betrachtet wird, will ich doch auch ganz offen sagen: ich **unterschätze** naturgemäß die **Gefahr nicht**, die eine **Organisation** bilden muß, die aus **100 000 kräftigen Männern** besteht und die in der Hauptsache **allein im Besitz der Waffen** ist. Gewiß können 100 000 militärisch ausgebildete und geführte Männer in einem Lande ungeheuer viel Unheil anrichten, wenn sie sich gegen den Staat auflehnen würden; ich sage nicht, daß es kommen wird. **Aber so groß diese Gefahr, wenn sie akut werden würde, auch wäre, — ich überschätze sie nicht.**

So stehen die Dinge heute in Deutschland nicht mehr, daß man mit 100 000 Mann das Reich und die heutige Verfassung umstürzen kann, wenn dieser Reichswehr oder andern Organisationen oder einer Verbindung von solchen Organisationen eine Mehrheit republikanisch gesinnter Männer und Frauen — oder um den Kreis weiter zu ziehen — verfassungstreuer Männer und Frauen gegenübersteht. Die deutsche Arbeiterklasse würde in einem solchen Falle hier mit ihrer ganzen Kraft einsetzen. Der Umstand, das heute die deutsche Arbeiterklasse in drei oder vier Lager gespalten ist, sollte doch niemand zu dem Gedanken verleiten, daß es möglich sein werde, mit einer Spekulation auf diese Spaltung eines schönen Tages der Republik an den Kragen zu gehen. Wie wir sonst untereinander starke Differenzen haben mögen, in jenem Moment, wo der Republik Gefahr droht, wird sich die deutsche Arbeiterschaft wieder in völliger Geschlossenheit und Einheit zum Schutze der Rekublik an die Front stellen. (Sehr richtig! links.)

Ich bin überzeugt, daß es **in dem Augenblick gar keine Disharmonien** mehr geben könnte. Das möchten alle jene beachten, die vielleicht gelegentlich mit solchen Gedanken spielen, wobei ich jetzt nicht etwa der Reichswehr, der Heeresleitung, den Offizieren oder anderen in der Reichswehr unterstellen will, daß sie mit diesem Gedanken spielen. Es ist aber notwendig, das bei dieser Gelegenheit auszusprechen. Wenn dann gar noch der **Teil des Bürgertums**, der **wirklich demokratisch denkt** und sich mit der **Republik abgefunden hat, bei jeder Gelegenheit nach außen hin seine Treu zur Republik bekennt, dann, glaube ich, ist viel geschehen.**

In diesem Zusammenhange möchte ich auf eins hinweisen: Ist es denn ein Wunder, wenn der eine oder andere Offizier, der politisch nicht eingestellt ist, auf kritische Gedanken gegen die Republik kommt; hört er doch überall, wo er auch hinkommt, das Schimpfen auf die Republik und die gegenwärtigen Zustände. **Hier wird außerordentlich gefehlt**, und ich möchte hier auch einmal eine **Mahnung** an meine — wie soll ich sagen? — Gesinnungsgenossen von der äußersten **Linken** (Heiterkeit) richten. Ja, **glauben Sie** (zu den Kommunisten), **man bekämpft die Reaktion und die etwa vorhandenen putschistischen Neigungen und monachistischen Tendenzen, wenn man sich jeden Tag einmal hier hinstellt, wie es ja geschieht, und von der „Raubrepublik" oder „Schieberrepublik" redet?** Wenn wir auch gewohnt sind, gerade die hervorragendsten Vertreter dieser Beschimpferei der Republik **nicht ernst** zu nehmen (heitere Zustimmung bei den Sozialdemokraten und in der Mitte), aber **draußen schwatzen ihnen viele das nach.** Ebenso steht es **zum Teil** auch **im Bürgertum.** Darum muß man bei dieser Gelegenheit sagen: **wenn da und dort bei den Militärs kritische Gedanken aufkommen, so sind zu einem großen Teil diejenigen im Volke daran schuld, die durch ihr Verhalten solche Neigungen oder Auffassungen geradezu pflegen.** (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Ich wünsche, daß zwischen der Reichswehr und dem Volke ein Verhältnis zustande kommt, bei dem der Verkehr sich ohne Reibungen vollzieht. Wir müssen eine militärische Organisation haben. Unter den heutigen Verhältnissen und in absehbarer Zeit ist **kein Staatswesen denkbar, in dem nicht eine Macht vorhanden ist, die gegebenenfalls von der Regierung eingesetzt werden kann, um die Befolgung der Anordnungen, der Gesetze, falls Widerstand geleistet wird, zu erzwingen.** Wir müssen also diese Organisation ohaben, und **je schneller zwischen Reichswehr und Volk ein gedeihliches Verhältnis zustande kommt**, umso besser. **Wir haben dann noch Schwierigkeiten genug.** Der Herr Reichswehrminister wird hoffentlich auch in Zukunft seine ganze Kraft einsetzen, um nach dieser Seite hin zu wirken.

Zum Schluß noch ein **anderes Kapitel!** Die Reichswehr wird **systematisch** auch dazu benutzt, um **Deutschland den Vorwurf zu machen, daß es einen Revanchekrieg plane und vorbereite.** Der Herr Reichswehrminister hat am Freitag darüber gesprochen, hat sich gegen die Behauptung gewendet, daß etwa duch das sogenannte **Krümpersystem in Deutschland Vorbereitungen zu einem Kriege getroffen werden**, und hat ganz **schlagend nachgewiesen**, daß es, **wenn man die Tatsachen nur einigermaßen mit militärischen Augen betrachtet, eine völlige Unmöglichkeit ist, unter den einmal gegebenen Verhältnissen überhaupt so etwas zu machen oder, wenn man es versuchte, damit einen Erfolg zu erzielen.** Ich stimme diesen seinen Auffassungen durchaus zu; denn **mit dem, was wir an militärischer Ausrüstung haben, ist es gar nicht denkbar, einen Krieg vorzubereiten.** Trotz alledem wird immer und immer wieder in der **ausländischen Presse** und leider auch mit **Unterstützung von Organen ausländischer Regierungen in der Welt aufs neue diese Auffassung verbreitet**, als ob in **Deutschland ein Revanchekrieg vorbereitet** werde, und als ob die **vorhandenen Organisationen der Durchführung dieses Zweckes dienten.** Diese Auffassungen werden **besonders in Frankreich** gehegt, und eine Menge der Noten, die in militärischen Dingen von der Entente an die deutsche Regierung gerichtet worden sind und Deutschland **sehr**

erhebliche Schwierigkeiten bringen, kommen aus dieser Auffassung heraus und **dienen dem Zweck** — um es noch schärfer zu sagen —, **im Ausland immer und immer wieder den Glauben aufzufrischen, als ob von Deutschland ein Revanchekrieg zu befürchten sei.** Es mag in Deutschland einzelne Leute, es wird vielleicht auch kleine Gruppen geben, die sich mit solchen **Phantastereien abgeben.** Warum nicht? **Jedes Land hat eine Anzahl chauvinistischer Wirrköpfe.** Wenn wir die **Verhandlungen** im **französischen Senat** und in der **französischen Kammer** gelegentlich lesen, dann lesen wir doch auch Reden, die zeigen, daß **nicht nur bei uns nationalistisch überspannte Leute reden und schreiben,** sondern daß in Frankreich eben genau solche vorhanden sind.. (Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Nur viel mehr!) **Die Nationalisten sind doch nicht das deutsche Volk.** Ich bin überzeugt, daß **tief bis in die erwerbstätigen bürgerlichen Kreise hinein der Gedanke nach einem Revanchekrieg nicht da ist.** Und daß die **deutsche Arbeiterklasse nicht daran denkt,** sich auch **nicht dazu würde mißbrauchen lassen,** einen **Krieg vorzubereiten oder ihn durchzuführen,** das glaube ich aus meiner Kenntnis der Arbeiterbewegung heraus sagen zu können. **Die deutschen Arbeiter und vor allen Dingen die deutschen sozialistischen Arbeiter stimmen durchaus dem zu, was vor wenigen Tagen der englische Delegierte Tom Shaw der internationalen Frankfurter Sozialistenkonferenz** namens der **englischen Delegation** gesagt hat. Gestatten Sie, daß ich die zwei Sätze verlese. Tom Shaw sagte:

> **In einer Sache sind wir alle einig, nämlich daß wir alles tun müssen, damit nie wieder Kriege entstehen können. Vor zwei Jahren haben wir in England der Welt bewiesen, daß wir fähig sind, unseren Willen in die Tat umzusetzen, es war dies zu der Zeit, als eine militärische Intervention Englands gegen Sowjet-Rußland drohte. Wir, die Arbeiterpartei, haben damals der Regierung gesagt: wenn dieser Krieg ausbricht, dann wird in ganz England keine Maschine mehr funktionieren, keine Tonne Kohle wird mehr ans Tageslicht gefördert werden, kein Schiff wird einen englischen Hafen verlassen. Und es ist daraufhin kein Krieg ausgebrochen.**

Wer die englische Arbeiterschaft und ihre Führer kennt, weiß, daß sie die letzten Leute sind, solche Worte auszusprechen, ohne zu ihnen zu stehen und sie nötigenfalls in die Tat umzusetzen.

Ich darf bei dieser Gelegenheit, weil gegen Deutschland fortgesetzt mit diesen Mitteln gearbeitet wird, auch noch auf die Erklärung hinweisen, die auf derselben **internationalen sozialistischen Konferenz** vor wenigen Tagen die **französische Delegation** abgegeben hat. Sie erhebt in ihrer Erklärung **Protest gegen die Besetzung deutscher Gebiete;** sie weist darauf hin, daß diese **Besetzung,** diese **fortgesetzten militärischen Kontrollmaßnahmen** die **moralische Entwaffnung in Europa nicht fördern,** sondern **geradezu hindern,** und sagt wörtlich zum Schluß folgendes:

> **Die französische Partei weist die elenden und falschen Beschuldigungen der französischen Nationalisten gegen die deutsche Revolution zurück, wonach diese nur eine Vermummung gewesen sei. Sie hat Vertrauen in die Arbeiterklasse Deutschlands.**

Meine Damen und Herren! Wenn man aber eine **Reihe** von **Noten und Maßnahmen** der **interalliierten Militärkommission** sich ansieht und gelegentlich Reden liest, die im französischen Parlament gehalten werden, muß man sagen, daß **die Absicht, Deutschland dauernd unter Verdacht zu halten und es zu schädigen, unvermindert fortbesteht.** Es ist ganz interessant, wie der **frühere italienische Ministerpräsident Nitti** sich in seinem neuen Buche **„Das friedliche Europa"** klar hierüber ausspricht. Ich will seine Worte nicht zitieren, sondern nur hervorheben, daß **er darauf hinweist, Frankreich betreibe mit seinen Schikanen und Kontrollmaßnahmen systematisch die Zerstückelung Deutschlands.** Es ist ganz interessant, daß ein ehemaliger **Premierminister,** einer der **Ententestaaten,** das sagt.

In dieses **Kapitel des Schikanierens** mit **Noten** und **Forderungen** gehört auch die **neueste Note** des Herrn **Generals Nollet** über die **Artillerieübungen.** Mir ist die Verordnung über die Artillerieübungen an und für sich gleichgültig. Ich vermag nicht zu entscheiden, ob sie momentan notwendig war. Der Herr Reichswehrminister hat ja ihren Inhalt auseinandergesetzt. Selbst wenn sie nicht notwendig gewesen ist, ist es **völlig unverständlich,** daß sie nun zum Anlaß genommen wird, eine feierliche Note an die deutsche Regierung zu richten. **General Nollet weiß doch, daß wir mit den rund 250 Donnerbüchsen, die man uns für das Heer, abgesehen von den schweren Festungsgeschützen, gelassen hat, einen Angriffskrieg wirklich nicht vorbereiten können.** Es ist hierbei bedenklich, daß **ein Mann, der sicher als Soldat ebenso stolz ist wie als Franzose, nicht einmal vor dem Schein der Lächerlichkeit zurückschreckt, wenn er in der Lage ist, Deutschland zu schikanieren.** Ich für meinen Teil glaube, daß wir Ursache haben, gegen diese **Schikanierungen Protest** zu erheben. **Sie dienen zur fortgesetzten Beunruhigung Europas. Sie bringen die Völker einander nicht näher, sondern erschweren jede Verständigung und jeden Versuch der Abrüstung.**

Alle Völker Europas leiden heute noch unter der schweren Rüstungslast. Infolgedessen halte ich es für durchaus notwendig, daß wir gegen solche Schikanen auch hier im Deutschen Reichstag Protest erheben. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Im übrigen bitte ich den Herrn Reichswehrminister, auf dem Wege, den er beschritten, und an den Aufgaben, die er sich gestellt und die er uns selbst wiederholt geschildert hat, nämlich die Reichswehr so durchzuorganisieren, daß sie das ist, wofür sie geschaffen wurde, weiter zu arbeiten. **Er wird unsere Unterstützung haben, wenn er diesen Weg unerschrocken geht. Er wird aber unserem Widerstand begegnen, wenn er in dieser Arbeit und in der Erfüllung dieser Aufgaben nachlassen sollte.** (Beifall links.)

Badische Politik

Die Majolika-Manufaktur

Der Haushaltsausschuß beriet am Donnerstag nachmittag die dem Landtag vorgelegte Vorlage, „das Finanzministerium wird ermächtigt, bei der Gründung einer zum Betrieb der Majolika-Manufaktur in Karlsruhe zu errichtenden Aktiengesellschaft für den Landesfiskus Aktien im Nennwert von 35 vom Hundert des mit 3 000 000 ℳ vorgesehenen Grundkapitals zu übernehmen und dabei als Sacheinlage das Fabrikanwesen im Hardtwald nebst etwa 10 000 Quadratmetern anstoßenden Baugelände sowie die sogenannten Rennwiesen in Karlsruhe in die Gesellschaft einzubringen". Das Finanzministerium kann sich ferner bei einer Kapitalserhöhung der Aktiengesellschaft mit 35 Prozent beteiligen.

Der Berichterstatter Abg. Gen. **Maier** gab eine Uebersicht über den jetzigen guten Stand des Unternehmens, das schon wiederholt den Landtag beschäftigte, weil vor wenigen Jahren eine Sozialisierung gefordert wurde. Beschäftigt werden 160 Arbeiter und Angestellte; es herrscht Akkordarbeit und Lohnarbeit. Die Vertreter aller Parteien gaben zur Vorlage ihre Zustimmung und drückten den Wunsch aus, daß die Regierung Berücksichtigung der sozialen Lage der Arbeiter zusagt; es sollen zunächst eine Anzahl netter Arbeiterwohnungen gebaut werden. Weiter gibt die Regierung ausführliche Auskunft über die Geschäftsverhältnisse der Majolikamanufaktur und hob hervor, daß der Absatz der geschaffenen Produkte zu fast 95 Proz. im Inland erfolgt. Die Absatzmöglichkeit sei also für die Zukunft gesichert. — Die Vorlage soll voraussichtlich in nächster Woche im Plenum verabschiedet werden.

Die Zeichen- und Musiklehrer

Da das Leipziger Schiedsgericht die Zurückstufung dieser beiden Lehrergruppen beschlossen hatte, nahm am Freitag der Haushaltsausschuß eine Resolution an, daß der badische Landtag die Zurückstufung der Zeichen- und Musiklehrer als nicht in den badischen Verhältnissen begründet ansehen kann. Die Regierung wird ersucht, auch weiterhin alle Mittel anzuwenden, um die Wirkung dieses Schiedsspruches für die beteiligten Lehrer unmöglich zu machen.

Badische Landeselektrizitätsversorgungs A.G. Karlsruhe. Die im Juli vor. Js. mit 100 Mill. Mark Aktienkapital gegründete Gesellschaft, die in Baden vorhandene Kraftquellen nutzbar machen will, hat das Murgwerk mit einer installierten Leistung von 30 000 PS. übernommen. Zur Erweiterung des Murgwerkes, das etwa die Hälfte des derzeitigen Gesamtbedarfs von Nord- und Mittelbaden deckt und zum Bau eines großen Hauptspeicherkraftwerkes, welches das natürliche Becken des Schluchsees im südlichen Schwarzwald ausnutzen und bei seinem Vollausbau auf eine Leistung von 220 000 PS. veranschlagt wird, legt die Gesellschaft 300 Mill. Mark 6prozentige Teilschuldverschreibungen oder Handdarlehen zur Zeichnung auf. Der Zeichnungspreis für die Teilschuldverschreibungen beträgt 100,25 Proz. und für die Handdarlehen 99,25 Proz. Zeichnungen werden bis zum 24. März entgegengenommen. Die Anleihe ist durch auf das Schluchseewerk und das zugehörige elektrische Leitungsnetz eingetragene erststellige Hypothek und durch die Bürgschaft des mit seinem Gesellschaftsvermögen für Kapital und Zinsen haftenden Landes Baden sichergestellt. Die Rückzahlung erfolgt vom Jahre 1927 ab im Wege der Auslosung zu 102 Prozent.

Gewerkschaftliches

Aus der Tabakindustrie

Noch nie waren die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarrenindustrie so aufgeregt, als im gegenwärtigen Moment. Wenn es möglich war, vor kurzem für die anderen Berufsgruppen so leidlich mit der Lohnregelung abzuschneiden, desto größer war die Enttäuschung für die **Zigarrenarbeiterschaft.** Von jeher waren die Lohnverhältnisse für diese Gruppe laut berufsgenossenschaftlicher Statistik am ungünstigsten gelagert. Einen großen Teil Schuld an diesem Zustand tragen die Tabakarbeiter selbst, weil man früher sich nie um die gewerkschaftliche Organisation gekümmert hat. Man wollte an den **Verbandsbeiträgen sparen!** Jetzt rächt sich das bitter für die Allgemeinheit.

Unter recht schwierigen Umständen war Anfang 1920 möglich, auch für die Zigarrenindustrie einen Reichstarif mit besonderen Bezirkstarifen zur Durchführung zu bringen, die einigermaßen die Lohnverhältnisse regelten. Maßgebend bei diesen wiederholten Lohnregelungen war die allgemeine gute Geschäftslage. Gezwungen durch die allgemeine Not, bedingt durch die eminente Teuerung, hatte die Leitung der organisierten Tabakarbeiter Ende Januar **neue Lohnforderungen** dem Fabrikantenverband unterbreitet. In Bad-Nauheim fanden Ende Februar die Verhandlungen statt. Nach langem Verhandeln war das Ergebnis 25 Prozent auf die Reichsgrundlöhne. Mit allem Nachdruck hatten die Organisationsvertreter die Not der Tabakarbeiter geschildert, besonders die fürchterliche Zunahme an Lungentuberkulose in den Reihen der Tabakarbeiter und dem Kinderelend auf Grund der Unterernährung. Alles umsonst! Die Fabrikanten lehnten jede weitere Erhöhung glatt ab. Die Geschäftslage ist eine andere geworden.

Die großmütig bewilligten 25 Prozent betragen im günstigsten Falle bei einem über 20 Jahre alten Zeitlohnarbeiter **75 Pfg.** pro Stunde, bei einem tüchtigen Akkordarbeiter bei 48stündiger Arbeitszeit höchstens 40 ℳ in der Woche. Wenn man die seit Januar verschärfte Teuerung betrachtet, nebenbei die Millionenverdienste der Zigarrenfabrikanten während und nach dem Kriege bis auf den heutigen Tag, und dann die winzigen Lohnzulagen, muß man zur Auffassung kommen, daß man mit dem Tabakarbeiter Schindluder treibt. Von dem so viel gepriesenen Gemeinschaftssinn oder sozialen Verständnis keine Spur. Man glaubt die Tabakarbeiter immer noch als Heloten behandeln zu können. Man wird sich schwer täuschen, denn auch die Geduld der Tabakarbeiter hat einmal ein Ende. Welch eine Stimmung vorhanden, haben die zahlreich besuchten Versammlungen in Süddeutschland, die sich mit dem Zugeständnis befaßten, zur Evidenz bewiesen. Einstimmig wurde in den oft stürmisch verlaufenen Versammlungen folgende **Entschließung angenommen:**

„Die heutige Tabakarbeiterversammlung nimmt mit großer **Empörung** Kenntnis von dem vollständig **ungenügenden Resultat** der Verhandlungen in Bad-Nauheim. Sie spricht den Organisationsvertretern als Verhandlungskommission ihr Vertrauen aus, insbesondere deshalb, weil auf das Verhalten der Unternehmer die einzig richtige Antwort war: **die Tarifkündigung zum 1. Mai.** Die Versammelten gehen noch einen Schritt weiter, indem sie den Hauptvorstand ersuchen, die Mitglieder auf den Kampf vorzubereiten, durch Regelung der Beiträge im Verbande entsprechend eines Stundenwerdienstes. Notwendigenfalls sind alle Unterstützungen außer der Streikunterstützung außer Kraft zu setzen und die gewonnenen Mittel dem Kampffonds zu überweisen.

Die Versammelten richten an die Kollegenschaft im Lande die Aufforderung, schon jetzt zur Stärkung der Organisation ihr möglichstes beizutragen, nicht allein die Beiträge gemäß des Verdienstes zu entrichten, sondern auch nach Lage des Einzelnen besondere Opfer beizusteuern. Auf die dreiste Herausforderung der Unternehmer kann und darf es nur eine Antwort geben: Einigkeit und Stärkung des freien Tabakarbeiter-Verbandes! Jetzt müssen die Tabakarbeiter handeln. Die Einigkeit, Opferwilligkeit und Disziplin ist jetzt notwendiger als bisher. Mutlosigkeit in der gegenwärtigen Situation wäre sinnlos und mit einem Rückschlag gleichbedeutend. Halten wir zusammen und lassen uns nicht zu momentan impulsiven Handlungen hinreißen, die unserer Gesamtbewegung schaden können, dann werden die Zigarrenfabrikanten auf Granit beißen. Wollen die Tabakarbeiter einen besseren Tarif, müssen sie in diesem Sinne handeln. Auch die an den Mannheimer Fabrikantenverband eingereichte Forderung auf Wirtschaftsbeihilfe ist glatt abgelehnt worden. Erneut sind zeitgemäße Forderungen an den Hauptvorstand übermittelt.

Tabakarbeiter und Arbeiterinnen allerorts an die Front, **hinein in den deutschen Tabakarbeiter-Verband, Sitz Bremen.** Es geht aufs Ganze. Nur wenn wir geschlossen und mit Entschlossenheit handeln, wird die Zeit kommen, wo die Zigarrenfabrikanten ihre Rücksichtslosigkeit und Engherzigkeit aufgeben müssen. Mit dem Rufe „Kopf klar und Ziel voraus" zeichnet die Gauleitung des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Heidelberg, Rohrbacherstraße 13 Gewerkschaftshaus.

Am Schlusse der Versammlungen wurde darauf hingewiesen, daß es nicht genügt für unseren Verband einzutreten, sondern auch die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen in den einzelnen Orten ihren Organisationen, den freien Gewerkschaften zuzuführen, muß unser Bestreben sein.

Unterstützung der **Konsumvereine** und **Produktivgenossenschaften.** Ganz besonders sei auch notwendig, daß die **politische Arbeiterpresse** mehr Gemeingut der Arbeiterschaft wird durch Abonnement. Denn diese Presse unterstützt uns nicht allein in unserem wirtschaftlichen Kampf, sondern bringt auch Aufklärung in allen Tagesfragen, die die Arbeiterschaft interessieren. Stärken wir also unsere Macht durch allgemeines Wissen.

Kleine Nachrichten

Berlin. Durch das mit dem Tage seiner Verkündigung am 17. März in Kraft getretene Gesetz betreffend die **Aenderung der Gebührenordnung der Zeugen und Sachverständigen** vom 10. März 1921 haben die Zeugen- und Sachverständigengebühren eine wesentliche Erhöhung erfahren. Die Zeugen erhalten für ihre Zeitversäumnisse nunmehr eine Entschädigung bis zum Betrage von 15 ℳ, die Sachverständigen eine Vergütung bis zu 20 ℳ, bei besonders schwierigen Leistungen bis zu 30 ℳ für jede angefangene Stunde. Die Aufwandsentschädigung bei Abwesenheit vom Aufenthaltsort ist auf 50 ℳ Uebernachtungsgeld (bisher 30 ℳ) erhöht worden.

Berlin. Aus dem Amtsgefängnis in Charlottenburg sind in der Nacht zum Sonntag **sechs Gefangene entwichen.** Sie nahmen den Weg durch eine Dachluke und gelangten in das Nachbarhaus, wo sie die Bodentür aufbrachen und über die Treppe ins Freie gelangten. Die Flüchtlinge konnten bisher noch nicht wieder eingebracht werden.

Waiblingen. Am Freitag abend sind zwei mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigte Arbeiter am Eisenbahnviadukt zwischen Waiblingen und Neustadt **abgestürzt.** Beide waren **sofort tot.**

Breslau. Die Breslauer Frühjahrsmesse wurde gestern nachmittag eröffnet. Anwesend waren Reichswirtschaftsminister Schmidt, der preußische Ministerpräsident Braun, Reichstagspräsident Löbe und andere, sowie Vertreter ausländischer Staaten.

Saarbrücken. Die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Linksradikalen fordern in einer einstimmig angenommenen **Entschließung** die Regierungskommission für das Saargebiet auf, umgehend an die Errichtung einer Volksregierung für das Saargebiet heranzugehen. Diese Volksvertretung soll nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Parteien fordern für die **Volksvertretung** volles Mitbestimmungsrecht und Immunität der Abgeordneten.

Dortmund. Die hiesige Strafkammer hat den 17jährigen Franz **Lewandowsky,** der **seinen Vater in Notwehr erschlagen** hatte, **freigesprochen.** Der Vater hatte in der Dunkelheit den Bruder des Angeklagten mit einem Beil erschlagen wollen. Der Angeklagte hat darauf das Beil ergriffen und seinen Vater niedergeschlagen. Die Ursache des Familienstreites liegt darin, daß der Vater seine Söhne gewaltsam zur Abgabe eines Optionsscheines für Polen bewegen wollte.

Barmen. Hier wurden vier Beamte der hiesigen Hauptkasse wegen **Unterschlagung von einigen Hunderttausend Mark** verhaftet. Die unterschlagenen Gelder waren zum größten Teil einbezahlte Lustbarkeitssteuerbeträge.

Lennep. Vom Finanzamt Lennep (Rheinland) wurde ein Fabrikant wegen **Steuerhinterziehung** mit einer Gesamtstrafe von 280 066 ℳ belegt und zu den Kosten von 2680 ℳ verurteilt. Er hatte am Reichsnotopfer, Umsatz- und Einkommensteuer 75 000 ℳ hinterzogen.

Riga. Die **Ueberfälle auf Getreidezüge** mehren sich in Sowjetrußland jeden Tag. In erster Linie werden die für die Hungernden bestimmten Lebensmitteltransporte im Eisenbahnbezirk von Smolensk ausgeraubt. Die Ueberfälle werden von großen Banden planmäßig vorgenommen, zu denen selbst Eisenbahnbeamte und Kriminalpolizei gehören. Gegenwärtig ist man bemüht, besondere Kommissionen zu gründen, deren Aufgabe in der Bekämpfung solcher Raubbanden bestehen soll.

Paris. Nach einer Meldung aus **Washington,** die der „Newyork Herald" verbreitet, wird der in Vancouver angekommene antibolschewistische russische General Sewenoff wegen der Grausamkeiten, die er in Sibirien begangen haben soll, nicht die **Erlaubnis** erhalten, sich in Amerika aufzuhalten. **Canada** hat ihm bereits die Aufenthaltserlaubnis verweigert.

Stockholm. Der Begründer der sozialdemokratischen Partei Schwedens, August Palm, ist gestorben.

Kleine badische Chronik

* **Heidelberg,** 19. März. Durch die hiesige Staatsanwaltschaft wurde ein hier wohnhafter, in Mannheim beschäftigter Bankbeamter verhaftet, der in einer großen Anzahl von Einzelfällen gewerbsmäßig gegen sehr hohe Honorare Abtreibungen ausführte. Im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit soll auch ein Todesfall vorgekommen sein. Die Festnahme des Bankbeamten hat weitere Verhaftungen zur Folge.

* **Freiburg,** 19. März. Eine 85jährige Witwe erlitt bei einem Sturz ein Oberschenkelbruch und starb wenige Tage darauf. — Wegen Verkaufs gefälschter Wurst sind 5 hiesige Metzgermeister empfindlich gestraft worden.

-t. **Aus dem Bezirk Freiburg,** 16. März. Ein Zwischenhändler aus Köndringen ließ in den letzten Tagen in den Ortschaften Hugstetten, Hochdorf, Neuershausen, Buchheim und Gottenheim Heu und Oehmd, den Zentner zu 180 ℳ aufkaufen. Da dasselbe mit der Bahn nach dem Unterland gehen soll, gibt es, bis es an Ort und Stelle anlangt, teueres Viehfutter. Gegen die örtlichen Aufkäufer ist Strafverfolgung wegen unerlaubten Handels und Kettenhandels eingeleitet worden, da sie nicht im Besitz der erforderlichen Handelserlaubnis sind.

* **Triberg,** 19. März. **Schwerer Unfall.** Beim Abladen von Mehl in der Kreuzgasse kam der schwere Wagen ins Rollen, vermutlich infolge Versagens der Bremse und riß die beiden schweren Pferde mit sich hinunter. Die Pferde stürzten und kamen unter den Wagen, dessen Deichsel brach, zu liegen. Eines der Tiere mußte infolge schwerer Verletzung sofort getötet werden, auch das andere Pferd wurde schwer verletzt. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen, da die Straße nahezu leer war.

* **Meßkirch,** 12. März. **Brandstiftungsverdacht.** Der 17jährige Dienstknecht Mathäus Besser und dessen Stiefbruder Boos sind unter dem Verdachte der Brandstiftung verhaftet worden. Man nimmt an, daß Besser aus Rache das Haus des Landwirts Leicher in Brand gesteckt hat, das vor kurzem eingeäschert worden ist.

* **Engen,** 19. März. **Erneut verhaftet.** Der Dienstknecht Brutscher von Rickertsreute, der vor einiger Zeit unter dem Verdachte des Raubüberfalles auf den Gemeinderechner von Rickertsreute verhaftet, dann aber wieder freigelassen worden war, ist erneut als Mitwisser des Verbrechens verhaftet worden. Der geständige Täter Kronentaler hat ihn als Anstifter der ruchlosen Tat angegeben.

* **Ueberlingen,** 19. März. In den Gasthöfen und Hotels einiger Bodenseeorte bestellen seit einiger Zeit Agenten für Amerikaner eine ganz erhebliche Zahl von Zimmern für die Reisezeit. Man spricht von großen Scharen von Besuchern aus Amerika, die sich anläßlich ihres Besuchs in Oberammergau auch einige Zeit am Bodensee aufhalten wollen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 20. März

Geschichtskalender

20. März. *Der norwegische Dichter Henrik Ibsen in Stien. — 1920 Kämpfe in Berliner Vororten, Mitteldeutschland und im Ruhrrevier. — 1921 Abstimmung in Oberschlesien.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdemokr. Bürgerausschußfraktion. Mittwoch, den 22. d. Mts., abends 6 Uhr, Fraktionssitzung.

Bezirk Altstadt. Mittwoch, 22. März, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hecht" Mitgliederversammlung mit Vortrag von Gen. Hutter. Zu dieser Versammlung sind die Parteimitglieder freundlichst eingeladen mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen.

Den Genossen zur Kenntnis, daß der Wirt zum „Waldhorn" den „Volksfreund" abbestellt hat und deshalb diese Wirtschaft nicht mehr als Versammlungslokal für die Partei in Betracht kommen kann.

Bezirk Oststadt. Mittwoch abend 8 Uhr im „Scheffelhof" Bezirksversammlung. Gen. Trinks wird einen Vortrag über „Das Görlitzer Programm" halten. Ein zahlreicher Besuch der Versammlung ist erwünscht.

Bezirk Mittel- und Südweststadt. Mittwoch abend 8 Uhr in der „Goldenen Krone" Bezirksversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag über **„Wohnungswesen und Mietzinsberechnung"**. Referent Gen. Architekt Slevogt. Wir ersuchen alle Genossen und Genossinnen um ihr Erscheinen.

Bezirk Rüppurr. Versammlung. Am Mittwoch abend 8 Uhr spricht im „Zähringer Löwen" Arbeitsminister Gen. Dr. Engler über „Betriebsorganisation und Sozialisierung". Parteigenossen, Volksfreundleser erscheint zahlreich. — Am Donnerstag abend 8 Uhr im Nußbaumhäuschen Zusammenkunft der Jugendgruppe mit Vortrag.

Vergütung an Mitglieder der Steuerausschüsse

—f. Der Ortsausschuß Karlsruhe des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich unterm 4. Februar d. J. an das badische Finanzministerium gewandt, wegen anderweitiger Festsetzung der Tagegelder und des Ersatzes für entgangenen Arbeitsverdienst an die Mitglieder der Steuerausschüsse. Dem Ortsausschuß wurde nun seitens des Landesfinanzamtes mitgeteilt, daß das Tagegeld bei einem Zeitaufwand **bis zu 6 Stunden auf 20 M und bei einem Zeitaufwand von mehr als 6 Stunden auf 30 M, das Uebernachtungsgeld auf ⅔ des Tagegeldes** festgesetzt worden sei. Außerdem wurde bestimmt, daß den Mitgliedern der Ausschüsse, die nachweisen, daß sie durch Teilnahme an den Sitzungen oder sonstigen Verrichtungen einen Ausfall an Lohn oder Verdienst haben, **Ersatz dieses Ausfalles bis zur Höhe von insgesamt 75 M gewährt** werden kann. Eine höhere Vergütung zu gewähren, sei das Landesfinanzamt nicht ermächtigt, da das Reichsfinanzministerium bestimmt habe, daß der Betrag von 75 M für einen Tag nicht überschritten werden dürfe.

Weiterhin hatte der Ortsausschuß Karlsruhe des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes Beschwerde beim Finanzministerium dahingehend eingelegt, daß den Steuerausschußmitgliedern die Vergütung für Zeitaufwand und entgangenen Arbeitsverdienst nicht erst nach Wochen und Monaten nach den stattgefundenen Sitzungen zur Auszahlung angewiesen wird. Hierzu teilt uns das Finanzamt mit, daß die Vergütung in der Regel nach Prüfung der vom Finanzamt festgesetzten Vergütungssätze durch das Landesfinanzamt stattfindet. Das Landesfinanzamt habe jedoch die Landesfinanzämter ermächtigt, den Ausschußmitgliedern nach Wunsch die Vergütungen **alsbald nach den Sitzungen auszubezahlen.**

Eine weitere Beschwerde des Ortsausschusses Karlsruhe des A.D.G.B. an das Finanzministerium ging dahin, daß zu den sogenannten Steuervorprüfungskommissionen auch Vertreter aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten zugezogen werden sollten. Hierzu teilt nun das Landesfinanzamt mit, daß besondere Vorprüfungskommissionen zur Prüfung der Steuererklärungen nicht bestanden. Es sei jedoch zweckmäßig und üblich, und entspräche auch den Vorschriften der Reichsabgabenordnung, daß das Finanzamt die Steuererklärungen, bevor es sie dem Steuerausschuß vorlegt, mit ortskundigen Vertrauensleuten bespricht. Als solche werden in der Regel der Bürgermeister oder andere ortskundige Gemeindebeamte, die Ortssteuererheber, oder auch die in der Gemeinde wohnenden Mitglieder des Steuerausschusses beigezogen. Den Finanzämtern wurde empfohlen, die Letztgenannten regelmäßig zuzuziehen. Diese Vorprüfung ersetzt jedoch nicht die Tätigkeit des Ausschusses. Der Ausschuß sei selbstverständlich **berechtigt und sogar verpflichtet, über alle Steuererklärungen, also auch über die, die bereits vorgeprüft worden sind, sich berichten zu lassen und selbständig zu beschließen.**

Durch diese Regelung der Vergütungssätze ist erreicht, daß es nun auch den in Lohn und Gehalt stehenden Steuerausschußmitgliedern möglich ist, an den Sitzungen teilzunehmen, was bisher in vielen Fällen nicht möglich war, da die Vergütungssätze für entgangenen Arbeitsverdienst zu gering waren. Wegen der Auszahlung der Entschädigung müssen die Steuerausschußmitglieder darauf dringen, daß dieselbe sofort nach den Sitzungen stattfindet.

* **Zu dem Raubüberfall,** dem der Oberlehrer Glock aus Pforzheim zum Opfer fiel, wird noch berichtet, daß sich ein Zeuge gestellt hat, der den Ueberfallenen kurz nach der Tat auf dem Heimweg nach Klein-Rüppurr sah und dem Glock auch sein Erlebnis erzählte. An der Wahrheit der Angaben des überfallenen Hauptlehrers ist nicht zu zweifeln.

Bei der Durchsuchung des Schuppens einer hiesigen Kutscherei wurden **57 Sack mit 114 Zentner Kristallzucker** auf dem **Heuboden unter Heu versteckt** vorgefunden. Nach der Anzeige soll derselbe schon längere Zeit dort lagern. Jedenfalls ist der Heuboden einer Fuhrhalterei ein höchst verdächtiger Lagerplatz für Zucker. Hoffentlich werden die Behörden dieser Sache gründlichste Beachtung schenken.

* **Ein „hoffnungsvolles" Dämchen.** Gestern wurde ein 15½jähriges Mädchen festgenommen, das verschiedene Gaunereien verübte. So wandte es sich vor einem Hause in der Kapellenstraße an eine Schülerin, die ein blaues gestrickes Jäckchen trug, sie möchte doch zu ihrer in diesem Hause wohnenden „Tante" hinaufgehen und sagen, daß sie (die Gaunerin) da sei. Die „Tante" könne aber kein blaues Jäckchen sehen, sie möchte es deshalb ausziehen und ihr übergeben, bis es wieder zurückkomme. Die unerfahrene Schülerin befolgte den Wunsch und bis sie wieder herunterkam, war die Betrügerin mit dem Jäckchen verschwunden. Den gleichen Schwindel auf dieselbe Art beging sie mit einem anderen Mädchen, das einen Geldbeutel sichtbar trug, auf den sie es abgesehen hatte. Er fiel auch tatsächlich in ihre Hände. Diese Fälle zeigen wohl deutlich, daß die Aufklärung der Kinder in dieser Beziehung im Elternhaus und in der Schule viel zu wünschen übrig läßt. Möge dieses Vorkommnis als Warnung und Lehre dienen.

* **Eine Reminiszenz.** Zum Tode des Stadtrats Kölsch geht uns folgende kleine Reminiszenz zu. Im Haushalt des Herrn Kölsch war s. Zt. die jetzige Frau eines Parteigenossen von uns als Dienstmädchen in Stellung, das natürlich nach altem Brauch seinen „Schatz" hatte. Treffpunkt war die übliche Haustüre. Eines Tages hatte die Holde wieder mal das Bedürfnis, ihren Rudolf zu bestellen. Er kam auch pünktlich. Aber wer diesmal nicht kam, war sie. Wütend lief Rudolf auf und ab und machte sich allerhand Gedanken, ob ihm vielleicht heute gar Konkurrenz in die Quere gekommen ist und er läutete jeweils im Vorbeigehen einfach an der Klingel, dann nochmal und nochmal, um die Holde herunterzuzitieren. Aber alles Läuten half nichts und resigniert zog der Liebhaber nach einiger Zeit ab. Aufklärung wurde ihm beim nächsten mal zu teil. Als es nämlich die ersten drei Male geläutet hatte, schaute der Hausherr selbst nach und als er unten einen Mann auf und abgehen sah, glaubte er, es sei ein — Zentrumsmann, der ihn wegen seines Reinfalles bei der Reichstagswahl hänseln und ärgern will. Das Dienstmädchen sagte keinen Ton. Kölsch nahm einen kräftigen Stock und setzte sich innen hinter die Haustüre auf Horchposten, um den Attentäter, wenn er wieder läutet, zu erwischen und ihm eine ordentliche Tracht jungliberaler Prügel zu verabfolgen. Daß es ihm mit seinem Vorhaben ernst war, bewies der Umstand, daß er mehrere Stunden hinter der Türe wartete. Daß Sie an jenem Abend nicht zum Rendezvous kam, hatte der Freundschaft mit ihrem Rudolf keinen Abtrag getan, denn heute ist sie seine Frau und braucht ihn nicht mehr an die Haustüre zu bestellen, wenn sie in dringenden Angelegenheiten mit ihm sprechen will.

§ **Gut davongekommen.** Ein 37jähriger angeblicher Maschinenschlosser namens Frey entwendete einem bei seiner Mutter wohnenden Servierfräulein nach und nach aus deren Ersparnissen herrührende Schmuck- und Wäschestücke im Gesamtwerte von annähernd 35 000 M, um diese zu verschleudern und den Erlös für sich zu verbrauchen. Das Schöffengericht verurteilte Frey zu der gelinden Gefängnisstrafe von drei Monaten.

v. **Der „Verein städt. Arbeiter"** (Kranken- und Sterbekasse) hielt vor kurzem seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Kassier Emil Haller gab den Kassenbericht, aus welchem zu ersehen war, daß die Kasse gut steht. Die Revisoren bestätigten die gute Kassenführung. Der 1. Schriftführer Julius Vier sen. gab ein Ueberblick über das verflossene Vereinsjahr. Der Mitgliederstand beträgt z. Zt. 156 gegen 108 im Vorjahre. Es bezogen 110 Kollegen Krankenunterstützung. Sterbegeld erhielten 2 männliche und 6 weibliche Mitglieder. An der Pensionskasse beteiligten sich z. Zt. 56 Kollegen. Von der Bibliothek wurde reger Gebrauch gemacht. Es fanden 5 Veranstaltungen statt. — Der 1. Vorstand Heinrich Henkes sprach den Dank den beiden Berichterstattern aus. Nun wurde der Gesamtvorstand entlastet und zur Neuwahl geschritten, bei welcher der alte Vorstand mit Heinrich Henkes an der Spitze wiedergewählt wurde. Nun wurde noch das Programm für 1922 bekannt gegeben. Als erste Veranstaltung kommt am 18. März, abends 7 Uhr, ein Familienabend mit Tanz in Betracht. Ferner findet ein Frühlingsfest, Ausflug, eine Herbstfeier und Weihnachtsfeier statt. Der Verein, der nur bestrebt ist, seine Mitglieder in Krankheit, Notfall und Sterbefall zu unterstützen, steht auf neutralem Boden.

p. **Körperverletzung.** Ein Angestellter warf am Freitag nachmittag einen Schmied nach vorausgegangenem Wortwechsel aus dem Flur eines Hauses der Kronenstraße auf die Straße, sodaß dieser eine Gehirnerschütterung davontrug, bewußtlos liegen blieb und auf Anordnung eines herbeigerufenen Arztes mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden mußte.

+ **Kinobesitzer und Lustbarkeitssteuer.** Der Verband südd. Lichtspieltheaterbesitzer, der die Unterverbände Bayern, Baden, Württemberg, Hessen und Hessen-Nassau in sich schließt, hielt in Stuttgart eine Mitgliederversammlung ab, die den einstimmigen Beschluß faßte, als Protest gegen die hohe Lustbarkeitssteuern, die den Lichtspieltheatern auferlegt sind, und die die Verelendung und den Zusammenbruch des gesamten Lichtspielgewerbes unbedingt in naher Zeit mit sich bringen müssen, von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt ab sämtliche Lichtspielunternehmungen zu schließen.

= **Kochkurse.** Auf den am 1. April beginnenden neuen Kochkurs mit Einführung in die Hauswirtschaft, welchen die Mädchenfürsorge des Badischen Frauenvereins mit Unterstützung der Stadtverwaltung im Geschäftsgehilfinnenheim veranstaltet, sei nochmals aufmerksam gemacht. Der vierteljährliche Kurs ist mit verhältnismäßig geringen Ausgaben verbunden. Eine kleine Anzahl Teilnehmerinnen (auch von auswärts) kann Unterkunft im Geschäftsgehilfinnenheim finden.

Landestheater. Das gesamte Personal des Badischen Landestheaters hat die Veranstaltung eines großen Frühlingsfestes beschlossen, das am Samstag, den 20. Mai, im Stadtgarten und in der Festhalle stattfinden und dessen Reinertrag zugunsten der Alt-Pensionäre des Landestheaters verwendet werden soll, die sich infolge der ungeheuren Geldentwertung in einer überaus traurigen Lage befinden. Die Veranstalter glauben auf die nie versagende Hilfsbereitschaft und Anteilnahme des Karlsruher Publikums rechnen zu dürfen und gehen an die umfangreichen Vorbereitungen ihrer Veranstaltung mit der festen Zuversicht, in ihren Hoffnungen auf einen vollen Erfolg zum Wohle ihrer alten darbenden Kollegen nicht enttäuscht zu werden. — Das bereits angekündigte Konzert zum Besten der Unterstützungskasse des Orchesters des Bad. Landestheaters ist nunmehr auf Montag, den 24. April, festgesetzt worden. Mit Rücksicht auf die Erkrankung von Operndirektor Cortolezis ließ sich ein früherer Termin nicht ermöglichen. Das Konzert wird ein „Beethoven-Abend" sein; Solist ist Herr Konzertmeister Voigt.

Veranstaltungen

Arbeiterbildungsverein. Heute (Montag) abends 8 Uhr, hält im Hause des Vereins Wilhelmstraße 14 Herr Professor Alb. Keßler einen physikalischen Vortrag (mit Experimenten) über: „Schmelzen — Erstarren — Verdampfen". Der Besuch ist unentgeltlich. Gäste willkommen.

Der 1. Athletik-Sport-Klub Germania- Sportfreunde e. V. eröffnet sein diesjähriges Sportprogramm am Samstag den 25. März mit einem Variété-Abend im Friedrichshof, verbunden mit Städtewettkampf im Ringen Karlsruhe — Pforzheim — Brötzingen. Der Verein hat seine 1. Ringmannschaft neu aufgestellt, so daß interessante Kämpfe zu erwarten sind.

Chorvereinigung Karlsruhe. Die Karlsruher Chorvereinigung (Bachverein, Motettenchor, Lehrergesangverein) wird am Samstag, den 8. April, abends 8 Uhr, in der Festhalle das „Deutsche Requiem" von J. Brahms zur Aufführung bringen. Die musikalische Darbietung verspricht unter Mitwirkung der rühmlichst bekannten Sopranistin Frau Bender-Panthel von Frankfurt a. M. und unseres Bariton Herrn van Gorkom unter Leitung des Herrn Konservatoriumsdirektors Professor H. K. Schmid ein künstlerisches Ereignis erster Ordnung zu werden. Auch der stark besetzte Chor der Chorvereinigung sowie die Mitwirkung des gesamten Landestheaterorchesters lassen einen edlen Kunstgenuß erwarten.

Arbeiter-Abstinentenbund und enthaltsame Arbeiterjugend. Montag, 20. März, abends 8 Uhr, in der Hebelschule (Handarbeitssaal) 4. Lese-Abend über die Bühnenspiele Richard Wagners. Freunde sind willkommen.

p. **Brandschaden.** Am 18. März 1922, mittags ¾1 Uhr, entstand in einer Küche eines Hauses in der Leopoldstraße dadurch ein Brandschaden, daß der im Herdrohr angesammelte Glanzruß durch Ueberhitzen zu brennen begann, wodurch die Wand erheblich beschädigt wurde. Die herbeigerufene Feuerwache konnte nach einer Tätigkeit von 10 Minuten wieder abrücken.

p. **Selbstmord.** Gestern abend hat sich ein 19jähriger Bankbeamter von ihier, der in Heidelberg in Stellung war, kurz nach seiner Ankunft aus Heidelberg aus unbekannten Beweggründen mittels eines Revolvers erschossen.

Valuta-Bericht vom 18. März

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 1.83 Cts. Auszahlung Holland notierte 106.85 M per hfl. Auszahlung Schweiz notierte 56.25 M per schw. Fr. Auszahlung England notierte 1244 M per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 26.02 M per frz. Fr. Auszahlung Neuyork notierte 288 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 20. März

Voraussichtliche Witterung: Meist bewölkt, weitere Regenfälle, etwas kühler.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 145, gef. — Ztm. Kehl 240, gef. 6 Ztm. Maxau 423, gef. 3 Ztm. Mannheim 312, gef. 5 Ztm.

Letzte Nachrichten

Streik in der ehemals preußischen Provinz Posen

Danzig, 18. März. In **Graudenz** ist gestern infolge Nichtbewilligung der Teuerungszulagen der **Generalstreik** ausgebrochen. Es steht zu befürchten, daß der Ausstand auf eine Reihe Betriebe in und außerhalb Posens übergreift. Nach der Meldung einer polnischen Zeitung ist die Streiklage in **Posen sehr** ernst. Die Straßenbahn verkehrt zwar, die Streikenden haben aber verschiedentlich Wagen angehalten und die Fahrgäste zum Aussteigen veranlaßt. Die Waggonfabrik von **Ostrowo** soll sich zu einer Lohnerhöhung von 25 Proz. verstanden haben. In **Graudenz** breitet sich der Streik weiter aus; in **Inowrazlaw** kam es zu ernsten Unruhen. In **Znin** brach gestern ein Streik der Metallarbeiter aus; in **Bromberg** fand ebenfalls gestern eine große Arbeiterversammlung statt, die sich für den Generalstreik aussprach. In der großen polnischen Papierfabrik Bromberg streiken bereits seit gestern 400 Arbeiter. In **Graudenz** herrscht große Brotknappheit, da sich die Bevölkerung aus Angst reichlich damit eindeckte, sodaß alle Bestände aufgekauft sind. Wie es heißt, soll in Arbeitgeberkreisen Neigung bestehen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen.

Sepp Oerter

Der Bezirksparteitag der U.S.P.D. in Braunschweig beschäftigte sich laut „Freiheit" auch mit der bekannten Angelegenheit **Sepp Oerter.** Die Kreisvorsitzenden hatten den Antrag gestellt, Oerter aufzufordern, sein Landtagsmandat niederzulegen. Dieser Antrag fand fast **einstimmige Annahme.** Gestern hat eine Schiedsgerichtssitzung stattgefunden, in der ein für Oerter vernichtendes Urteil gefällt wurde. Damit ist Oerter endgültig aus der unabhängigen Partei **ausgeschlossen.** Eine neue Berufung steht ihm nur noch in dem Reichsparteitag zu, der aber erst im nächsten Jahre stattfinden dürfte.

Streikbewegung in Amerika

TU. Newyork, 19. März. **Seitens der Gewerkschaften wurde gestern die Erklärung abgegeben, daß 600 000 Arbeiter am 1. April in den Streik eintreten weden.**

Briefkasten der Redaktion.

Zell. Sie und Ihre Freunde halten es für unmöglich, daß in Oesterreich ein Laib Brot 445 Kronen kosten kann. Sie meinen, wie sollen arme Leute ein Brot kaufen können. Natürlich ist es für die Armen sehr schwer, aber in Oesterreich rechnet man mit anderen Zahlen. Ein Bäckergeselle erhält z. B. in Wien einen tarifmäßigen Lohn, der im **Jahre 1 200 000 Kronen** beträgt. Obgleich ein Millionär, ist der Mann heute viel schlimmer dran als früher, wo er etwa den **tausendsten Teil** verdiente.

Schriftleitung **Georg Schöpflin.** Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten **Hermann Kabel;** für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton **Hermann Winter;** für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten **Josef Eisele;** für den Anzeigenteil **Gustav Krüger,** sämtliche in Karlsruhe.

Bis zu 4 Zeilen Mk. 2.— die Zeile **Vereinsanzeiger** Bei 5 und mehr Zeilen Mk. 2.50 die Zeile

(Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. (Arbeiter-Sportkartell.) Jeden Montag abend von 7-8 Uhr **Schwimmabend für Männer im Vierordtbad.** 2928

Karlsruhe. (Wassersport-Verein. Damenabteilung.) Jeden Montag abend von ½8 bis 9 Uhr **Uebungsabend** im Friedrichsbad. 2922

Karlsruhe. (Gesangverein Lassallia.) Heute abend 8 Uhr **Zusammenkunft** in der „Gartenlaube" zwecks Ehrung. 3017

Der Vorstand

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheschließungen. Adam Häfele von Diedelsheim, Schneider hier, mit Marie Seeger von hier. Karl Reichert von Malsch, Schreiner allda, mit Viktoria Kohrmann von Malsch. Wilhelm Siebenrock von Ueberlingen, Maschinist hier, mit Maria Matt von Hausen. Karl Erwerle von Hohen-Haslach, Schlosser hier, mit Anna Kaiser von Besigheim. Rudolf Daum von Völkersbach, Kutscher hier, mit Magdalena Weber von Spessart. Karl Pfeil von Bockingen, Schreiner hier, mit Emilie Seith von Kreuznach. Rudolf Häberle von Maulbronn, Posthilfsschaffner hier, mit Emilie Jäckle von St. Georgen. Max Eichhorn von Derendingen, Händler hier, mit Theresia Hof von Sasbach. Wilhelm Stumpf von hier, Schuhmacher hier, mit Gertrud Ott von hier. Karl Ahrens von Hannover, Professor hier, mit Frieda Zipperlin von Degernau. Karl Kleis von Donaueschingen, Bierbrauer hier, mit Lina Krafft von Blotzheim. Josef Maier von hier, Eisendreher hier, mit Gertrud Prantl von Aarau. Otto Klumpp von Gaggenau, Kraftwagenführer hier, mit Emmt Feil von Weiler.

Todesfälle. Elisabeth Diehm, alt 72 Jahre, Witwe von Frdch. Diehm, Heizer. Karl Kieser, Revisionsoberinspektor, Ehemann, alt 52 Jahre. Rosalie Hafner, alt 53 Jahre, Ehefrau von Thomas Hafner, Werkmeister. Liselotte, alt 5 Monate 9 Tage, Vater Paul Götz, Oberjustizsekretär. Susanna Hilß, alt 80 Jahre, Witwe von Ludwig Hilß, Hafner.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Montag, den 20. März, 2 Uhr: Karl Theod. Kieser, Rev.-Oberinsp., Putlitzstr. 5. — ½3 Uhr: Susanne Hilß, Hafnermeisters-Witwe, Körnerstr. 23. — 3 Uhr: Rosalie Hafner, Werkmeisters-Ehefrau, Augartenstr. 31.

14 Schaufenster

Damen-Hüte

Eintreffen sämtlicher
Frühjahrs-Neuheiten
zeigen an

Geschwister Gutmann
Kaiserstrasse 122, Ecke Waldstrasse

Freiw. Grundstücks-Versteigerung.

Auf Antrag der Miteigentümer werden folgende Grundstücke der Gemarkung Karlsruhe am **Dienstag, 28. März 1922, nachmittags 3 Uhr** im Notariatsgebäude Kaiserstraße 184, II. Stock, Zim. 12, öffentlich versteigert

	Anschlag
1. Lgb. Nr. 6792: 4 a 91 qm Acker „Großgewann"	5 000 Mk.
2. Lgb. Nr. 9184: 4 a 91 qm Acker „Großgewann"	5 000 Mk.
3. Lgb. Nr. 6878: 6 a 74 qm Acker „Datsch"	8 000 Mk.
4. Lgb. Nr. 9168: 6 a 74 qm Acker „Datsch"	8 000 Mk.
5. Lgb. Nr. 9081: 13 a 82 qm Acker Kolbenäcker	11 000 Mk.
6. Lgb. Nr. 7400: 17 a 59 qm Acker am „Mühlburger Weg"	20 000 Mk.
7. Lgb. Nr. 7387: a) 17 a 30 qm Acker b) 12 a 60 qm Acker	
Zus. 29 a 90 qm Acker	35 000 Mk.
8. Lgb. Nr. 7163: 18 a 99 qm Acker „Schweighof"	22 000 Mk.
9. Lgb. Nr. 6936: 14 a 64 qm Acker an der gepl. Verlängerung der Südendstraße und einem Feldweg	21 000 Mk.
10. Lgb. Nr. 6935: 7 a 25 qm Acker daselbst	10 000 Mk.
11. Lgb. Nr. 7497: 7 a 89 qm Acker „Steinfurth"	7 500 Mk.

Die Versteigerungsgedinge können auf der Notariatskanzlei eingesehen werden. 551

Karlsruhe, den 17. März 1922.
Bad. Notariat 6.

Häuser 29132
und Geschäfte sofort zu kaufen gesucht durch
M. Busam, Herrenstraße 38

Alt-Metalle, Eisen, Papier, Kleider, Schuhe, Keller- und Speicher-Kram
kauft 2839
Teuerstein
Fasanenstr. 26. Telef. 3481.
Händler Vorzugspreise.

Gut ausgebildeter
Elektromonteur u. Schlosser
für ein Sanatorium als
Hausmeister
gesucht. Gehaltsansprüche und Zeugnisse erbeten. Offerten unter F. K. 4231 an Rudolf Mosse, Karlsruhe i. B. [1255

Residenz-Lichtspiele
Waldstraße 30 Telephon 5111
Spielplan bis einschl. Dienstag, 21. März:
Die Liebesabenteuer der schönen Evelyne.
Filmroman in 5 Akten v. H. Ortmann.
In der Hauptrolle:
Lee Parry, Aruth Wartan, Felix Hecht.
Die blaue Katze
Detektiv-Abenteuer in fünf Akten.
In der Hauptrolle:
Phantomas, Rolf Leor.
Nachmittags von 3½—4½ Uhr:
sowie in den schwächer besuchten Vorstellungen:
Im Kampfe mit dem Berge
Dreiteiliges Monumentalwerk über den Alpinismus.
Ein Denkmal den Alpen und ihren Bezwingern. 3013
— Aenderungen vorbehalten. —

Abteilung Kinder-Mützen
Spezialität: „Kieler-Mützen, in feinsten Tuchen
Matrosen-, Fantasie- und Sport-Mützen
für Knaben und Mädchen. 3012
Ueberraschend grosse Auswahl! Aeusserst billige Preise!
Wilh. Zeumer
Karlsruhe Kaiserstr. 125/127.

Fischereiaufsicht betr.

Polizeibeamter a. D. Friedrich Stern in Leopoldshafen wurde heute als Fischereiaufseher für das Fischwasser des Anglervereins Karlsruhe e. V. und für dasjenige des Friedrich Demarez in Eggenstein verpflichtet. 550

Karlsruhe, den 13. März 1922. O.-Z. 31
Bezirksamt II.

Mitesser
Pickel im Gesicht u. am Körper beseitigt rasch u. zuverlässig Zucker's Patent-Medizinal-Seife. Nach jeder Waschung m. Zucker-Creme nachbehandeln. Frappante Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- und Friseurgeschäften erhältlich.

Schneider(in) gesucht
Kleinstückarbeiter(in) für Hosen, Konfektion Tarif I, auf Werkstatt oder außer dem Hause. 3019
Mees & Löwe
Kaiserstraße 46.

Badisches Landestheater. 548
Montag, den 20. März, 7 bis 9½ Uhr. M. 25.—
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501—650 und alle Nummern über 3500 **Katte.**

Zahlungsaufforderung.
Bad. Konservatorium für Musik zu Karlsruhe
Das Schulgeld für das vierte Fünftel 1921/22 ist bis spätestens 1. April d. Js. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.
Nach Ablauf dieser Frist wird mit der Betreibung begonnen. 549
Karlsruhe, den 17. März 1922.
Stadthauptkasse A.

Bestecke, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel u. s. w.
empfiehlt in großer Auswahl
Karl Hummel, Werderstr. 13
Stahlwarengeschäft. Rasiermesserhohlschleiferei

Knorr Suppenwürfel
vorzüglich, nahrhaft, bequem
Knorr Reis Suppe [1196

Mieter-Vereinigung Karlsruhe E. V.

Mitgl. d. Landesverband. u. Bund Deutsch. Mietervereine
Geschäftsst.: Morgenstr. 51 p., Sprechst. tägl. 5-7 Uhr, Mittw. 8-9 Uhr abends „Unt. d. Linden", Kaiser-Allee 71

Dienstag, den 21. März, abends 8 Uhr,

Mitglieder-Versammlungen

für die **Oststadt**
in der „Krone", Ecke Georg Friedrich- und Rintheimerstraße;

für die **Südstadt**
in der „Walhalla", Augartenstraße 27.

Wir laden zu diesen Versammlungen höflichst ein und ersuchen um zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

NB. Anmeldungen in die Organisation werden in den Versammlungen entgegengenommen.

Arbeiter-Abstinenten-Bund u. enthaltsame Arbeiterjugend.

Montag, den 20. März 1922, abends 8 Uhr, in der Hebelschule, Handarbeitssaal

4. Lese-Abend 3016

über die Bühnenspiele Richard Wagners.

Erklärt von Dr. Ed. Müller.

Freunde sind herzlich willkommen!

Möbelschreiner
Tapezierer (Polsterer)
Holzbildhauer
Stuhlmacher
durchaus selbständige Facharbeiter, finden dauernde Beschäftigung bei
Gebr. Himmelheber
Möbelfabrik Karlsruhe.

ECHTE extrastarke **Walthorius Hiensong-Essenz**
Destillat (12 Fl. Mk. 50.—, bei 24 Fl. Mk. 100.— franko und inklus. Zu haben in Apotheken und Drogerien. Hersteller Laboratorium E. Walther, Halle a. S.-Trotha 164 . . .

Das Reichsgesetz über die Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken vom 26. Juli 1918 ist mit Wirkung vom 1. April 1922 an dahin geändert worden, daß künstliche Mineralwässer, sowie Limonaden und andere künstlich bereiteten Getränke auch dann zu versteuern sind, **wenn sie unmittelbar aus dem Herstellungsgerät in unverschlossenen Gefäßen ausgeschenkt werden.** Wer in dieser Weise die genannten Erzeugnisse ausschenken will, hat in der vor Eröffnung des Betriebs dem zuständigen Zollamt zu erstattenden Anzeige das Herstellungsgerät näher (Fabrik, Bauart, Wirkungsweise zu bezeichnen. Die bereits zum Betriebe aufgestellten Herstellungsgeräte sind, wenn obige Art des Ausschanks über den 1. April hinaus beabsichtigt ist, **bis spätestens 20. März 1922** durch den Inhaber beim zuständigen Zollamt **schriftlich anzumelden.** Es wird ausdrücklich bemerkt, daß unter die Anmeldepflicht auch jene Betriebe fallen, in denen die genannten Erzeugnisse aus **versteuerten** konzentrierten Kunstlimonaden oder **versteuerten** Grundstoffen hergestellt und in offenen Gefäßen ausgeschenkt werden. Weitere Auskunft erteilt das unterzeichnete Amt. 552

Karlsruhe, den 18. März 1922.
Hauptzollamt.

Nähmaschine 3018
gut erh., billig zu verkaufen
Marienstraße 14, 4. St. l.

Frische Eier
Mk. 3.65
das Stück 3014
sind in jeder Menge billigst zu haben bei
Bad. Landwirtschaftl. Hauptgenossenschaft e. G. m. b. H.
Abt. Molkereiprodukte
Lauterbergstr. 3.

Küchenmädchen
zum baldigen Eintritt bei tarifmäßigem Lohn nebst gut. Verpflegung gesucht.
Vier Jahreszeiten
Hebelstraße 21. 3011

Schuhwaren
aller Art (Gelegenheitskäufe) offeriert billigst
An- und Verkaufs-Geschäft Glotzer,
Zähringerstrasse 53a.

Gift-Weizen
bestes Mäuse-Vertilgungsmittel, in Packungen von 100 gr Mk. 4.—, 1 Kilo Mk. 25.—, liefert
U. B. A. Fried. Springer
Karlsruhe i. B.
Markgrafenstraße 52
Telephon 3263. 7780

Kleider, Schuhe,
Wäsche 2c. kauft stets zu höchsten Preisen 2849
S. Arelrad, Tel. 3980
Essenweinstraße 32, II.

Bruchsaler Anzeigen.

Mieterverein Bruchsal
Beratungsstunde Dienstag abend 6—8 Uhr im „Krokodil".

Durlacher Anzeigen.

Sozialdemokrat. Verein Durlach
(Frauengruppe).

Dienstag, den 21. März, abends ½8 Uhr, im „Lamm"

öffentliche [1254
Frauen-Versammlung.

Tagesordnung:

Vortrag des Genossen **Dorner,** Geschäftsführer, über:

„Die Teuerung, ihre Ursachen und die Bedeutung der Konsumvereine."

Die Genossinnen, sowie die gesamten Frauen von Durlach und Aue sind hiezu freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

Milch-Versorgung.

Die Milcheingänge aus unseren Liefergemeinden werden von Tag zu Tag geringer und reichen nicht mehr zur Vollversorgung der versorgungsberechtigten Personen aus. Es muß deshalb eine entsprechende Kürzung in dem Milchbedarf jedes Milchhändlers vorgenommen werden. Die Händler sind angewiesen, Kürzungen zunächst bei den versorgungsberechtigten Kindern über 10 Jahre vorzunehmen. 553

Durlach, den 18. März 1922.
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Brennholz-Versorgung.

Zum Vollzug des Erlasses des Ministeriums des Innern vom 23. 2. 22 hat die Forstabteilung des Ministeriums der Finanzen unterm 25. 2. 22 angeordnet, daß das Brennholz aus den Staatswaldungen künftighin freihändig abzugeben ist und zwar grundsätzlich unmittelbar an die badischen Bedarfsgemeinden. Die Empfangsgemeinden sind vertraglich zu verpflichten, das zugewiesene Holz unter besonderer Berücksichtigung des kaufschwächeren Teils der Bevölkerung unter die ortsansässigen Verbraucher zu verteilen. Gabholzberechtigte und industrielle Betriebe sollen bei der Verteilung ausgeschlossen werden. Dem Weiterverkauf sind die forstamtlich festgesetzten Rahmenpreise zugrunde zu legen.

Aus den Staatswaldungen des bad. Forstamts Durlach steht danach noch eine beschränkte Menge Brennholz für die Stadtgemeinde Durlach zum Preise von 300 bis 400 Mark je Ster Buchenscheiter 2. Kl. zur Verfügung. Darüberhinaus soll wie früher versucht werden, Holz aus auswärtigen Bezirken zu erhalten.

Zur Erlangung einer Unterlage für den im kommenden Winter in Frage kommenden Bedarf ersuchen wir diejenigen Einwohner von Durlach (einschl. Stadtteil Aue), die sich bei den bisherigen Versteigerungen oder durch den freien Holzhandel noch nicht eingedeckt haben, ihren **nötigsten Bedarf** spätestens bis einschl. **25. März 1922** bei uns während der Geschäftsstunden (7—12, 1—4, Samstags 7—12 Uhr) anzumelden. Später eingehende Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Eine nochmalige Anmeldung derjenigen Minderbemittelten, die sich auf Grund der Bekanntmachung des Gemeinderats vom 2. 2. 22 (Durlacher Tageblatt vom 4. 2. 22) bereits beim Bürgermeisteramt angemeldet haben, ist nicht erforderlich. Als Ausweis ist bei der Anmeldung das Kohlenheft vorzulegen und anzugeben, ob Bezug ab Durlacher Waldung oder ab Gaswerk (kurz gesägt) gewünscht wird. 557

Die Anmelder sind verpflichtet, das Holz bis zur Höhe der angemeldeten Menge und zu den städtseitig aufzuwendenden Selbstkosten innerhalb der noch bekanntzugebenden Frist abzunehmen, andernfalls die Stadt berechtigt ist, das Holz um jeden Preis anderweitig abzusetzen und die betreffenden Anmelder für einen eventuellen Mindererlös haftbar zu machen. Eine Rationierung der angemeldeten bezw. Verlosung der verfügbaren Menge bleibt vorbehalten.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Möglichkeit für jedermann besteht, seinen Brennholzbedarf im Wege des freien Holzhandels zu decken.

Durlach, den 17. März 1922.
Ortskohlenstelle.

Baden-Baden.

Arbeitsamt Baden-Baden
(Bezirksarbeitsnachweis).

Unentgeltlicher Stellennachweis für gelernte und ungelernte Berufe, besondere Arbeitsnachweisabteilungen für weibliches Personal, Hotel- und Wirtschaftspersonal, kaufm. und technische Angestellte, Erwerbsbeschränkte (einschl. Schwerbeschädigte).

Geöffnet: Vormittags von 8—12 Uhr, Nachmittags von 2—4 Uhr.
Fernsprecher Nr. 1151—1160.

Gesucht werden:

2 landwirtschaftliche Knechte, 6 Handformer, 3 Bauschlosser, 1 Spezialist für Telefonbau, 2 Metalldreher, 4 selbständige Installateure, 3 Bau- und Möbelschreiner, 1 Küfer auf Holz- und Kellerarbeit, 1 Rahmenglaser, 2 Polsterer und Tapezierer, 10 Damenschneider, 2 Herrenschneider, 20 Maurer, 2 Maler, 1 Maschinenarbeiter für Holzbearbeitung, 2 Kutscher, 1 Kraftfahrer (gelernter Schlosser), 1 Herrschaftsdiener, 1 Herrschaftsgärtner, 1 landwirtschaftliches Dienstmädchen, 2 Büglerinnen, Hauspersonal aller Art für hier und auswärts, Laufmädchen, Wasch-, Putz- und Stundenfrauen.

Lehrlinge für verschiedene Berufe.

Hotel-Personal: Saucier für erste Häuser, Chefpatissiers, Alleinköche (für hier u. auswärts), erstklassige Barmen, junge Hausburschen, Kupferputzer und Küchenburschen nach auswärts, Waschmeister, Heizer (gelernter Schlosser), Hotelbuchhalterinnen, Büfettfräulein, Zimmerbeschließerinnen, Weißzeugbeschließerinnen n. auswärts, Küchenbeschließerinnen, Beiköchinnen, Hotel- und Restaurationsköchinnen, Kaffeeköchinnen, Kochlehrfräulein, Küchenmädchen mit Tariflohn, Mädchen für Hausarbeit und Servieren, Büglerinnen, Wäscherinnen für Maschinenbetrieb, Waschmädchen, mehrere Wasch- und Putzfrauen im Taglohn.

Stellen suchen:

Gewerbsgehilfen für alle Berufe, Kriegsbeschädigte, gelernte und ungelernte Arbeiter in großer Anzahl, Lehrlinge für verschiedene Berufe, Lehrmädchen für Nähen, Bügeln und Kleidermacherei. 559